



Der Partisanenkrieg

das erste Mal in der Bundesrepublik:
der authentische, ungekürzte Text mit allen Fotos
Abbildungen und Skizzen der Originalausgabe
LA GUERRA DE GUERRILLAS, La Habana 1960

Ernesto Ché Guevara

Vorwort Karl Heinz Roth
160 Seiten DM 4,- Nr. 2 der Zeitschrift
THEORIE UND PRAXIS DER REVOLUTION
erhältlich in jeder politischen Buchhandlung

im Juli erscheint

Jean Chesneaux Geschichte Vietnams

die einzige objektive historische Arbeit über Vietnam
von ca 1400 bis 1967 In deutscher Sprache bei

cicero presse

500 Seiten broschiert ca DM 18,-
Verlagskataloge direkt: Cicero Presse, Hamburg 6, Fettstr



Thesen und Programme

Kritische Universität

Sommersemester 1968

Internationale Buchhandlung

BRÜCKEN VERLAG GMBH

jetzt: Hamburg 13 Johnsallee 67

Nähe Auditorium Maximum

Tel. 410 45 72

Buchhandlung für Literatur aus DDR BRD UdSSR u. Polen
Marxistische Philosophie – Soziologie – Politik – Geschichte
Wirtschaft – Pädagogik – Belletristik – Schallplatten

Kritische Universität

Sommersemester 1968

Herausgeber: KU-Rat Hamburg

Redaktion: Holger Oehrens, Hamburg 61, Friedrich - Ebert - Str. 52

Herstellung: Cicero Presse Hamburg 6 Fettstr. 5-7 Tel. 43 62 45

Schutzgebühr DM 1,-

AM BEISPIEL HAMBURGS

Verlauf der Studentenrevolte an der Hamburger Universität im letzten Semester

Unberührt von Zwischenrufen, Sprechchören und der rhythmisch intonierten Forderung nach "Hochschulreform" verlas der neue Hamburger Rektor, der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Werner Ehrlicher, während der Feier zur Eröffnung seines Amtsjahres am 9. November 1967 seinen Antrittsvortrag "Zur wirtschaftlichen Rezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67". Nach seinem Vortrag verließ der Rektor, gefolgt von seinem Lehrkörper, abrupt das Auditorium Maximum, ohne sich der von den Studenten auf Flugblättern und in Sprechchören geforderten Diskussion zu stellen. Der AstA - Vorsitzende Björn Pätzold hatte in seiner knappen Begrüßungsrede eine Fülle von konkreten Mißständen an der Hamburger Universität aufgezeigt, die trotz oder auch gerade wegen einiger Ungenauigkeiten Stoff genug zu einer Aussprache geboten hätten.

Doch statt der beantragten Diskussion gab es Beschimpfungen. Der Rektor nahm am folgenden Tage Zwischenrufe und Hohngelächter zum Anlaß zu der Erklärung, "Rädelsführer" und "Linksradikale Störtrupps" hätten in der Universität "Krawall und Terror" inszeniert. Der Theologe Helmut Thielicke machte "postpubertäre Schübe" für das "ungezogene Verhalten" von AstA-Vorstand und Studentenschaft verantwortlich, und der Orientalist Berthold Spuler verstieg sich der Äußerung "Ihr gehört alle in ein Konzentrationslager". Er wurde auf Drängen der Studenten und der Öffentlichkeit schließlich trotz einer "Ehrenerklärung" seiner Kollegen aus der philosophischen Fakultät beurlaubt. Im Februar jedoch durfte er seine Lehrtätigkeit wiederaufnehmen, nachdem laut einer Erklärung der Hamburger Schulbehörde "zahlreiche Schüler" seine Rückkehr erbeten hatten. Wie sich später herausstellte, hatten sich ganze vierzehn Unterschriften für einen entsprechenden Antrag gefunden.

Spuler blieb nicht der einzige Dozent der "Braunen Universität Hamburgs", der während des Wintersemesters von sich reden machte. Der Leiter des Pädagogischen Institutes, Prof. Hans Wenke, der vor drei Jahren durch massive Proteste aus der Öffentlichkeit gezwungen worden war, von seinem Ehrenamt als Bochumer Gründungsrektor zurückzutreten, war in einer Vorlesungskritik in der Dezembernummer der Studentenzeitschrift "auditorium" als "alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus" mehr glossiert als analysiert worden; er hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als seinen studentischen Kritiker von seinen Vorlesungen und Übungen auszuschließen. Eine Begründung lehnte er ab, ebenso wie eine Debatte über sein Vorgehen und seine Stellungnahme zu den Vorwürfen wegen seiner publizistischen Tätigkeit im "Dritten Reich", die von zahlreichen Studenten und Hörern seines Kollegs verlangt wurde. Schließlich weigerte er sich, unterstützt von allen Professoren seiner Fakultät, zu lesen, solange die "Störungen", d.h. die Forderung nach Diskussion, anhielten, und ließ für sich durch seine Assistenten und ergebene Studenten, darunter zahlreiche Mitglieder rechtsradikaler Gruppen eine Unterschriftensammlung durchführen. Mit Berufung auf den "Treuebeweis" von 700 Pädagogikstudierenden drohte er allen, die ihn in seiner Vorlesung unterbrechen würden, mit dem Verweis von der Universität. Ohne Erfolg, denn immer mehr Fragesteller meldeten sich zu Wort. Er erschien Anfang Januar ein letztes Mal, in Begleitung von Kriminalbeamten in Zivil und mehreren Vertretern der Universität-

bürokratie, eh ihm selbst der Rektor fallen ließ und der Kritischen Universität erlaubte, statt der Vorlesung ein Kolloquium zum Thema "Hans Wenke und die reaktionäre Pädagogik der Bundesrepublik" durchzuführen. Unter der Mitarbeit mehrerer Universitätsassistenten erarbeitete es in der zweiten Semesterhälfte aufschlussreiches Material zum Stand der politischen Bildung an den Schulen Hamburgs, für deren antikommunistische und faschistische Ausrichtung Wenke als ehemaliger Hamburger Schulsenator mit verantwortlich zeichnet.

Auf dem Höhepunkt der Kontroverse um Wenke griff Hamburgs "Star Theologe" Thielicke mit einer sofort in der Springer Presse in vollem Wortlaut abgedruckten Solidaritätsadresse für seinen "zu Unrecht verleumdeten Kollegen" ein; er sprach von den studentischen Kritikern als von "Räpeln" und von "Gossenjungen" und schloß seine Mahnrede mit dem Ausspruch "Armes Deutschland! Ich glaube, diesem Volke ist nicht mehr zu helfen. Möge dieses alles von höherer Hand gewendet werden!" Im Stil der Springer - kommentators William S. Schlamm hatte er die Aktionen des SDS mit "faschistischen Terrormethoden" gleichgesetzt und damit nur kritische Aufmerksamkeit auf seine eigene Person gelenkt. Thielicke unterbrach aus Protest gegen die "gossenhaften Frechheiten" der Studenten seine Hauptvorlesung, verzichtete aber nicht auf seine regelmäßigen "akademischen Predigten" in der Hamburger St. Michaeliskirche. Am 13. Januar wurde er nach dem Gottesdienst in dem er zu "Fragen der Zeit", nicht jedoch über "vordergründige politische Fragen" gepredigt hatte, zu einer öffentlichen Aussprache aufgefordert, er antwortete von der Kanzel herab, mit einem neuen Zornesausbruch und befahl dem Organisten, alle Ansätze zu einer Diskussion in der Kirche mit Chorälen zu überhöhen. Er fühlte sich offenbar sicher, hatte er doch in einem eigenmächtigen Vorgriff auf die Notstandsgesetze sieben Bundeswehrsoldaten als "beruhigende Elemente" zu seinem Schutz bestellt, eine Maßnahme gegen die zahlreiche Studentenverbände, kirchliche Kreise und sogar einige Bundeswehrangehörige vergeblich protestiert haben, die von der Bundesregierung und dem "Verteidigungsministerium" jedoch trotz einer Anfrage der FDP in keiner Weise mißbilligt wurde.

Ebenfalls unter dem Motto "Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazis!" sah sich der Hamburger Psychologe Peter R. Hofstätter nicht zum ersten Mal heftigen Attacken ausgesetzt. Hofstätter, Leiter des Psychologischen Instituts Hamburg, zählte im "Dritten Reich" zu den wenigen im Land verbliebenen Vertretern seiner von den Nazis als "jüdische Aferwissenschaft" verdächtigten Disziplin und sicherte sich seine führende Stellung durch programatische Äußerungen wie die, das "die Seelsorge" - gemeint ist die Psychologie - "oberstes Recht des Führers" sei, und durch seine Berater und Gutachtertätigkeit als NS-Heerespsychologe. 1963, hatte er in Vorträgen, in einem "ZEIT" - Artikel und einem "Spiegel"-Interview seine Ansicht bekräftigt, daß Hitler den Juden den Krieg erklärt habe und das die Judenmorde darum eigentlich Kriegshandlungen gewesen seien, und mit dieser Begründung während des Eichmann - Prozesses eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher gefordert. Daraufhin wurde von zahlreichen jüdischen, christlichen und demokratischen Organisationen und Presseorganen sein Rücktritt als Hochschullehrer gefordert. Lediglich die "Deutsche National- und Soldaten - Zeitung" stellte sich schützend vor ihn und erhielt dafür von ihm ein in großer Aufmachung publiziertes Dankschreiben. Die Schützenhilfe von rechts genügt den Hamburger Behörden offenbar, sich nicht weiter in den Streit um Hofstätter "einzumischen".

sie verzichtete wie 1963 so auch nach den neuen Studentenprotesten im Februar 1968 auf "weitere Schritte" und hielt es, auch nach den verschiedenen Hamburger Gruppen neues Dokumentationsmaterial zum Fall vorgelegt hatten, für unnötig, irgendwelche Konsequenzen aus den Vorwürfen zu ziehen.

"Unter den Talaren - Muff von tausend Jahren". diesen Spruch hatten schwarz auf weiß zwei Studenten dem Rektor und seinen Professoren bei ihren feierlichen Einzug zur Rektoratsfeier vorangetragen. Nicht von ungefähr wurde das Spruchband in der Springerpresse in einer zensierten Fassung wiedergegeben; in Welt und Bild hieß es, um die Anspielung auf das "tausendjährige Reich" zu tilgen, "Muff von 100 Jahren". Entsprechend wurde die Universität zwar als überaltet und verpöht gekennzeichnet, aber keineswegs als autoritär und reaktionär imprägnant politischen Sinn. Auf derselben Ebene - Abbau mancher altmodischer Riten und Modernisierung der Hochschule als Anpassung an die Erfordernisse der industriellen Leistungsgesellschaft - waren sogar der Rektor und die Dekane bereit, mit den Studenten über ihre Vorstellungen zu diskutieren. An drei aufeinander folgende Abende stellten sich Vertreter der Professoren unter Leitung des Rektors einer Diskussion mit studentischen Delegierten. Solange das Gespräch auf allgemeine Themen beschränkt blieb, waren die Gegensätze kaum zu spüren. Je präziser und konkreter jedoch die Fragen der Studentensprecher nach wirksamen Schritten zur Hochschulreform, nach studentischer Beteiligung in den akademischen Entscheidungsgremien und nach Liberalisierung und öffentlicher Kontrolle des Prüfungswesens ausfielen, um so ausweichender kamen die Antworten der Ordinarien und Dekane. Ein Kommilitone gab seinen Eindruck wieder, die Studenten kämpften nicht gegen eine feste Front, sondern gegen eine Qualle. Diese Apostrofierung und vor allem den Vorwurf der Arroganz nahmen die Professoralen Diskussionsteilnehmer zum willkommenen Anlass, die Diskussion abzubrechen. Sie antworteten am nächsten Tag, als sich ASTA und Diskussionsleiter nicht bereit fanden, sich für die Äußerung zu entschuldigen, mit der Absetzung der "studentischen Tagesordnungspunkte" im akademischen Senat und damit mit dem Ausschluß der studentischen Vertreter. Dieser Schritt bewog nur noch mehr Studenten, sich mit dem ASTA - Vorstand zu solidarisieren, und drängte die beiden stärksten politischen Studentenverbände, SHB und SBS, in ein vorübergehendes taktisches Bündnis. Die beiden studentischen Vertreter wurden, nachdem mehrere politische Hochschulverbände ein go - in zur nächsten Senatssitzung angekündigt hatten, bald wieder zugelassen. Obwohl Vollversammlung und Parlament der Studenten ein akademisches Disziplinarrecht grundsätzlich abgelehnt hatten, leitete der Rektor ausgerechnet gegen den Wenke - Rezensenten ein Verfahren ein und bemühte sich mit allen Mitteln, aus dem Fall Wenke einen Fall Oberlehrer zu machen. Ende Dezember erließ er schließlich eigenmächtig eine Verfügung, die nach Auffassung des ASTA den Notstand für die Hamburger Universität erklärte. In einer Mitteilung "An alle Studenten", die in allen Instituten ausgehängt wurde, erklärte Rektor Ehrlicher: "Die Universität kann Störungen des Lehrbetriebs, wie sie mehrfach vorgekommen sind, nicht hinnehmen. Sie wird die ihr zu Gebote stehenden Mittel ausschöpfen, um gegen Störer vorzugehen. Der Dozent übt während der Dauer der Lehrveranstaltungen das Hausrecht aus. Er ist berechtigt und im Interesse der anderen Hörer verpflichtet, das ihm Mögliche zur Beseitigung der Störung zu veranlassen. Störer, die den Hörsaal trotz Aufforderung nicht verlassen, handeln rechtswidrig. Sie begehen Hausfriedensbruch. Wenn einzelne Störer sich weigern, den Hörsaal zu verlassen, sind

auch die anwesenden Studenten berechtigt, zur Beseitigung der Störungen beizutragen. Sie üben in diesem Fall das Recht der Notwehr aus. Dabei darf das Maß dessen, was zur Beseitigung der Störung notwendig ist, nicht überschritten werden."

Unmittelbare Folge dieses Erlasses war, daß zur nächsten Wenke Vorlesung am 4. Januar eine Schutztruppe Hamburger NPD-Mitglieder und Korporierter anrückte, die den Rektor in letzter Minute zwang, das Auditorium Maximum zu schließen. Die empörten Studenten zogen daraufhin demonstrativ zum Rektorat und nötigten den Rektor immerhin, die "falsche Auslegung" seiner Erklärung durch den Nationaldemokratischen Hochschulbund zu bedauern. Autoritäre Professoren benutzten die Rektorverfügung, um alle unliebsamen Diskussionen zu verhindern. Ein Germanist duldete, daß seine in der Vorlesung anwesenden Assistenten einen Fragesteller gewaltsam aus dem Hörsaal hinausbeförderten, und ein Kollege beanspruchte sogar in einer Veranstaltung der Kritischen Universität für sich das Hausrecht, um diskussionsfreudige SDS-Mitglieder vor die Tür zu setzen; er mußte daraufhin allerdings selbst die Veranstaltung verlassen. Gegen Semesterende wurde der Ehrlicher - Erlass dadurch unwirksam gemacht, daß in fast allen Lehrveranstaltungen Studenten die Diskussion beantragten. Mehrere hundert Kommissionen erstatteten außerdem gegen sich selbst Anzeige wegen "Störung" einer Vorlesung und beantragten Bestrafung.

Im Januar drohte der Rektor mehrfach mit der Schließung der Universität oder wenigstens der Philosophischen Fakultät und unterstützte vermutlich einen Plan, dessen Enthüllung zu Semesterende noch einmal viel Staub aufwirbelte. Ein an der mangelnden Bereitschaft studentischer Vertrauensleute gescheiterter Putschversuch der offensichtliche Billigung der Universitätsverwaltung, mehrerer konservativer Professoren des amtierenden Studentenausschusses, die provisorische Einsetzung eines "Not-ASTAs", die Durchführung unpolitischer Neuwahlen für das Studentenparlament und das Verbot des SDS "am Rande der Legalität" vor. Es bedurfte jedoch kaum noch der Aufdeckung dieses Plans, um den Rektor als Gesprächspartner für die Reformdebatte vor den meisten Studenten endgültig zu diskreditieren.

Als statt im Januar neun als liberal geltende Professoren der Öffentlichkeit 81 "Leitsätze zur Hochschulreform" vorlegten, die zwischen den Vorstellungen des Wissenschaftsrates, der Rektorenkonferenz und des Deutschen Bundestages zu vermitteln suchten, ohne dabei die studentischen Forderungen im Grundsätzlichen zu berücksichtigen, gelang es auch diesem Vorstoß von Seiten der Professoren nicht mehr, die klaren Fronten wesentlich zu verschieben. Als die neun von der Springerpresse hofierten "Reformprofessoren" in ihren Vorlesungen von den Hörern zur Aussprache über ihre Leitvorstellungen zur Studienreform aufgefordert wurden, lehnten sie das Ansinnen in den meisten Fällen ab. Gerichte sprachen von einem Sprechverbot für die Ordinarien, weil es innerhalb des Akademischen Senats zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten über das notwendige Maß an Zugeständnissen gegenüber den Forderungen der Studenten gekommen war; der SDS verbreitete mehrere Flugblätter über die "Zänkereien der Senatsquallen".

Zur Verschärfung des Konfliktes zwischen den Studenten und ihren staatlichen und akademischen Vorgesetzten trugen nicht zuletzt verschiedene "Zwischenfälle" bei, bei denen Polizei mit im Spiele war.

Als in der Wenke - Vorlesung zwei Beamte der Politischen Polizei entdeckt wurden und wenige Tage später ausgerechnet gegen vier anwesenden SDS-Vertreter, die im

übrigen in keiner Weise besonders hervorgetreten waren, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, schien für den SDS der seit langem erhobene Verdacht bestätigt, daß Polizei und Universitätsbehörden intensiv zusammenarbeiten und ihre Unterlagen permanent austauschen. Auf gezielte Fragen mußte der Rektor zugeben, daß zwischen ihm und dem Innensenator Ruhnau laufende Kontakte und Konsultationen "nicht politischer" Art bestünden und daß "einige Beamten der Staatlichen Baubehörde" beauftragt seien, "über die Einhaltung bestimmter Sicherheitsvorschriften zu wachen". Bei Gelegenheit eines studentischen go-ins in Rektorat erteilte der Rektor seinem Syndikus vor den versammelten Studenten striktes Sprechverbot über diese Dinge; Gund genug zu neuem Verdacht.

SHB und SDS legten im Verlauf des Semesters detaillierte Konzepte zur Universitätsreform vor, die vor allem in der Frage der studentischen Beteiligung erheblich differieren. Der SHB forderte eine "angemessene" Mitwirkung der Studenten in allen akademischen Instanzen, ohne sich ausdrücklich auf die Drittelparität festzulegen, während der SDS die Forderung nach einer vollen Parität zwischen Dozenten und Studenten stellte.

Der ASTA mußte immer wieder Unentschlossenheit und uneinsichtiges Taktieren vorwerfen lassen und vertrat schließlich im Hamburger Bürgerschafts-Hearing zum Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes eine Position, die von Teilen des SHB, der sich in Hamburg gespalten hat, vom SDS und von der Parlamentsmehrheit als zu kompromißbereit kritisiert wurde und dadurch die Stellung der Studentenschaft vor der Öffentlichkeit schwächen mußte. Der Hamburger SDS, der zunächst in Gefahr stand, in seiner provokatorischen Phase stecken zu bleiben, konnte in der zweiten Semesterhälfte sein Programm inhaltlich verdeutlichen.

Zum wichtigen Kampfmittel der Hochschulrevolte entwickelte sich - ein bisher unerfülltes Postulat aus der revolutionären Frühzeit der 1919 gegründeten Hamburger Universität - die studentische Vollversammlung, die demonstrativ immer dann zusammentrat, wenn es galt, obrigkeitliche Willkürakte durch gemeinsame Erklärungen und Aktionen abzuwehren. Die erste spontane und unvorbereitete Studentenversammlung fand unmittelbar nach der Rektoratsfeier am 9. November statt und beschloss sofort, eine Urabstimmung über den Rektor durchzuführen. An der Abstimmung im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen beteiligten sich fast fünfzig Prozent der Hamburger Studenten. Auf die Frage "Können Sie Rektor Ehrlicher akzeptieren" stimmten 62% mit nein; mithin ein deutliches Mißtrauensvotum, daß der Forderung vieler Studenten nach Rücktritt des Rektors neuen Nachdruck verliehen hat.

Außer zu den verschiedenen Paritätsmodellen nahmen die Hamburger Studentenversammlungen zu zahlreichen anderen und oft dringlicheren Problemen Stellung. In einer Entschließung am Beginn des Semesters wandten sich die Studenten gegen jede Form der Zwischenprüfung in den Massenfächern der philosophischen und der wirtschafts- und der sozialwissenschaftlichen Fakultät, sie lehnten jede Einschränkung des Grundrechtes auf Bildung durch den Numerus clausus ab und verlangten mehrfach die sofortige Aufhebung der universitären Sondergerichtsbarkeit für Studenten. Wiederholt protestierte die Vollversammlung gegen die Anwesenheit von Polizei auf dem Gelände und in den Räumen der Universität. Nach den skandalösen Vorfällen um Prof. Wenke wurde der Leiter des Pädagogischen Instituts von den Studenten für solange "als verpflichtet" betrachtet, wie er sich weigert zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Nach diesem demonstrativen Beschluß

der Studentenversammlung verzichtete Wenke für das laufende Semester endgültig auf die Abhaltung seiner Vorlesung. Im Januar wurde mit nur 4 Gegenstimmen eine Resolution angenommen, in der der Präsis der Hamburger Schul- und Hochschulbehörde, Bürgermeister Drexelius (SPD), in scharfen Worten zum Rücktritt aufgefordert wurde. Ihm wurde vorgeworfen, an einem Hochschulgesetz, das auch studentische Forderung berücksichtigt, nicht im geringsten interessiert zu sein, und nachgewiesen, daß er durch seine behördliche Rückendeckung für kritisierte Professoren vom Schlage Wenkes, Hofstätters oder Spulers die Hamburger "Braune Universität" nach Kräften gefördert habe. Seine unverantwortlichen Drohungen und Warnungen, die Schulbehörde würde notfalls einem Antrag des Rektors auf Schließung der Universität zustimmen, seien wenig geeignet gewesen. "Vertrauen" in die staatliche Hochschulaufsicht zu wecken, in einem Flugblatt wurden Ehrlicher und Drexelius darüber belehrt, daß die Uni noch kein Bordell sei, daß seine Besitzer nach eigenem gut Dünken über Nacht zumachen könnten.

P S

WAS WIRD AUS DER KU ?

Von Wolfgang Krohn

Kritische Universität - notwendiger Versuch, ungewisser Ausgang - hieß es in dem Programmheft der KU Hamburg im letzten Semester. Ein Versuch gelingt oder mißlingt. In jedem Fall liefert er Erkenntnisse; der mißlungene Versuch über seine Fehler, der gelungene Erkenntnisse für weitere Versuche.

Ist das Experiment KU nach wie vor notwendig? Wo liegen Erfolge, wo Fehler?

Nach Berlin und Hamburg entschließen sich immer mehr Studentenschaften, eigene studentische Universitäten zu gründen. Die KU scheint also keine kurzlebige Protestmode zu sein, sondern ein von Universitätsstruktur und Gesellschaft bedingter Eingriff in das Gestaltungsmonopol der Dozenten in Forschung und Lehre.

Drei Kriterien begründen diesen Eingriff:

1. Die Universitäten der Bundesrepublik befinden sich in einem scheinbar von Sachzwängen diktierten Prozeß der Verschulung: dem Studenten wird sein Studiengang immer mehr vorgeschrieben; in diesem Studiengang hat er festgesetzte Arbeiten zu leisten, z. B. für Aufnahmeklausuren, Seminarscheine, die verschiedenen Bereiche der Zwischenprüfung, Honnef-Leistungsprüfungen u. ä. Forschung und Lehre werden immer weiter auseinandergerissen, sodaß der Student immer weniger mit den Gegenständen der Forschung in Berührung kommt, sondern sie nur noch vermittelt erfährt als sauber zugeschnittenen Lernstoff von dazu abgestellten Studiendozenten. Die Folge ist: ein durchschaubares, methodenbewusstes Studieren ist abgelöst durch ein Sammeln von Fakten, die zusammenhanglos rezipiert werden müssen. Die Bestimmungen zu den Zwischenprüfungen haben diesen Zustand schon ratifiziert.
2. Die Universität erfüllt immer augenscheinlicher Dienstleistungsfunktionen für eine plebiszitär nur scheinbar kontrollierte Gesellschaft. Der Staat erkennt immer deutlicher, daß der "Faktor Wissen" für das wirtschaftliche Wachstum von entscheidender Bedeutung ist. Versuche, diesen Faktor zu quantifizieren, ergaben in Amerika, daß das wirtschaftliche Wachstum hochindustrialisierter Nationen zu ca. zwei Dritteln den klassischen Faktoren Kapital plus gemieteter Arbeitskraft (Investitionen plus Arbeitsoptimierung), zu ca. einem Drittel aber dem Faktor Wissen (Zuwachs an Fachwissen) zuzuschreiben ist.

Der Dienstleistungsbetrieb Universität deckt einerseits verstärkt den wachsenden Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Fachleuten, den Wirtschaft und Verwaltung berechnen, und andererseits verzichtet er auf überflüssige Rudimente des studium generale (Allgemeinbildung, politisch-gesellschaftliche Bildung) zugunsten verkürzter, glatter und reglementierter auf eindeutige Berufsziele ausgerichteter Studiengänge. Aus der Sicht wirtschaftlicher Bedarfslenkung ist das Ziel noch nicht erreicht. Noch fehlt der heutigen Universität in der BRD die Stromlinienform eines konkurrenzfähigen Großbetriebes. Doch Professor Dahrendorfs Gesamthochschulplan für Baden-Württemberg ist schon ein Schritt in Richtung auf das große Ziel der Wirtschaftsplaner.

3. Bundesdeutsche Studenten sind die Untertanen der sogenannten Ordinariuniversität, d. h. sämtliche Entscheidungen nach innen und Verhandlungen nach außen werden zumeist selbstherrlich von den Ordinarien gefällt. Dies Verfahren hat Folgen auf den Charakter "universitärer" Wissenschaft. Wo Amtsautorität über Sachkompetenz zu stehen kam, konnte irrationaler Autorität feindlicher Protest nicht ausbleiben.

Über die Negation hinaus fordern heute revoltierende Studenten herrschaftsfreien Dialog als einzig sinnvolle Methode rationaler Wissenschaft. Der zweite Ansatzpunkt für studentisches Aufbegehren ist also die privilegierte Stellung des deutschen Professors, die seit Aussterben feudaler Rittergutsbesitzer einzigartig ist. Dieser Status ist erkauft durch Anerkennung der Verpflichtung zur politischen Neutralität.

Politische Neutralität aber ist schon eine Abwehr von sich politisch begreifender und politisch tätiger, also gesellschaftsbezogener Wissenschaft. Die Abwehr politisch engagierte und auf Veränderung drängender Wissenschaft ist eine Verteidigung des herrschenden politischen Systems. Daraus folgt: der heutige Professor in seiner privilegierten Stellung und seinem hohen gesellschaftlichen Status ist zwangsläufig neutral genau den Mächten gegenüber, die seine Privilegien garantieren. Dennoch von professoraler Seite auftauchender politischer Protest bleibt fast ausschließlich systemimmanent, ja, dient dem Bestehenden als Beweis für seine Kritikfestigkeit und suggeriert ein funktionierendes Wechselspiel demokratischer Kräfte, wo an Veränderung nicht gedacht ist. Das System infrage stellender Veränderungswille von Professorensseite ist nur in promille meßbar. So hat die vermeintliche politische Neutralität unseres Elfenbeinturmes einen eminent politischen Charakter, dessen Quelle in der Stellung der Ordinarien an unserer Universität zu suchen ist.

Gegen diese drei Tendenzen unserer Universität - gegen Ordinarienherrschaft, gegen Wissensfabrik und Dienstleistungsbetrieb und gegen die Verschulung des Studiums - wenden sich die Studenten in ihren eigenen Reformplänen. Hier soll die KU ihren hochschulpolitischen Sinn gewinnen. Insbesondere bemüht sich die KU um eine gesellschaftsbezogenes, im umfassenden Sinne engagiert politisches Verständnis von Wissenschaft. Wo sie es für notwendig hält, wird sie daher politische, vor allem hochschul- und gesellschaftspolitische Inhalte bevorzugt zu Gegenständen der Arbeitskreise machen. Denn die Aussparung oder theoretische Optik vieler solcher Gegenstände im gängigen Lehrbetrieb resultiert aus dem opportunistischen und herrschaftskonformen Charakter der Ordinarienuniversität. Themen wie "Kritische Gesellschaftstheorie", "Zum transbürgerlichen Revolutionsbegriff", "Dialektische Philosophie", "Kirche, Theologie und Politik" im letzten KU - Semester - "Aufrüstung und Militärpolitik", "Konservatismus und Neofaschismus in der BRD", "Soziale Krankheit", "Ideologiekritische Analyse von Tageszeitungen", "Universität und Industrie" z. B. im kommenden Semester, solche Themen dienen der politischen Bewusstseinsbildung. Und diese Bewusstseinsbildung ist notwendig, wenn die Studenten den nichtstudentischen Reformbestrebungen durchdachte Alternativen entgegengesetzt wollen; und sie ist nötig, wenn außerdem diese Alternativen nicht nur von einigen Experten sondern von einer informierten und aktiven Gesamtstudentenschaft getragen werden soll; solche Alternativen sind nicht nur gesamtuniversitärer Natur, sondern sie wenden sich auch gegen den Wissenschaftsbetrieb der einzelnen Institute und Fachrichtungen. Da die Studenten gerade von diesen Instituten und Fachrichtungen geprägt sind, setzt deren Reform eine studentische Bewusstseinsbildung über den historischen und politischen Charakter, über die Möglichkeiten zur Veränderung und die Alternativen dieses etablierten Wissenschaftsbetriebes voraus.

Die KU bemüht sich, gegenüber der autoritären Struktur der Ordinarienuniversität, die oft genug nicht einmal mehr bewußt erlebt wird, ein demokratisches Gegenmodell zu praktizieren. Sie geht aus von der Wählbarkeit und Abberufbarkeit jedes Beauftragten, sei es im KU - Rat, sei es in den Arbeitskreisen. Sie erkennt das Mitge-

staltungsrecht aller Teilnehmer an den Veranstaltungen an, indem Themenwahl und Behandlung einer permanenten Planung durch Diskussion unterliegen und indem Kritik und Selbstkritik als Kontroll- und Korrekturprinzip geübt werden. Die KU trennt auch Verwaltung und Arbeit in den Veranstaltungen nicht derart, daß die Verwaltung unveränderbare und vorgeschriebene Planungen anstellt, die den AKs dann zur Ausführung übergeben werden. Im Gegenteil soll die Planung und Verwaltung offen und korrigierbar bleiben durch die aus den Erfahrungen jeweils gewonnenen Erkenntnisse und aus den Erfordernissen aktueller Anlässe (so z. B. die Entstehung des AK "Kritische Pädagogik" als Antwort auf die geplatzte Wenke - Vorlesung im vergangenen Semester).

Die KU will in einer Einheit von Theorie und Praxis auslösend und eingreifend an der Veränderung der Universität mitarbeiten. Sie darf nicht reine Ergänzung bleiben, sondern muß ihre neuen Arbeitsmethoden und Arbeitsgebiete in die traditionellen Lehrveranstaltungen einführen.

Sie soll sich in diesem engeren Sinne als hochschulpolitisches Instrument verstehen und sie muß gegenüber der Universität ihren Kampfwert reflektieren und ausnutzen. Als Instrumente dieser Funktion stehen ihre unter anderem Genseminare, Hearings, Dokumentationen und das direkte Umfunktionieren traditioneller Lehrveranstaltungen zur Verfügung.

Der Versuch der KU, über den Zustand reiner Negation hinauszukommen durch bewußt kreatives Gegenarbeiten, kann nur gelingen, wenn sie eine hinreichend starke Organisation ist, die gegen den Machtapparat der Universität mit genügend Energien und Kraftreserven versehen ist. Es reicht nicht hin, daß einige Studenten gegen die etablierte Universität als freischaffende Reformkünstler vorgehen. So gilt es, die KU zu einer Institution zu machen, die weder kaputtgeschlagen, noch kaputtgefeiert werden kann.

Es gehört zur Offenheit und Selbstkritik der KU, zugleich mit der Darstellung ihrer Notwendigkeit die Darstellung und Warnung vor ihren Gefahren zu geben.

Die KU steht ständig in der Gefahr, ihre hochschulpolitische Funktion aufzugeben: sofern die Arbeitskreise nicht ohnehin personeller Auszeichnung zum Opfer fallen, werden sie leicht zu abendlichen Freizeitbeschäftigungen, in denen frank und frei und unverbindlich diskutieren ist; ein kultivierter Stammtisch nach der mühseligen Arbeit an Referaten, Klausurvorbereitungen und ähnlichem. Konstruktive und auf Ergebnisse zielende Mitarbeit in den Arbeitskreisen aber setzt freie Verfügung über viel Arbeitszeit voraus, eine oft unzumutbare Mehrbelastung des Studenten, vor allem des Studenten, der in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Scheine absolvieren will. Da zu erwarten ist, daß in der Verkürzung der Studiengänge, dem Ausbau des Scheinwesens etc. die frei verfügbare Zeit des Studenten noch weiter eingeschränkt wird, wächst diese Gefahr.

Eine zweite Gefahr ist die Umarmungstaktik, auf die sich viele Dozenten inzwischen eingelassen haben; Sie loben die Aktivität in der KU, die den Studenten endlich einmal aus seiner passiven Konsumentenrolle herausreißt, in die ihn der Autoritätsdruck der akademischen Lehrer gezwungen hat. Man hofft vielleicht sogar, daß endlich auch die eigenen Seminare lebendiger werden. Dies ist die Gefahr, daß die KU kaputtgefeiert wird.

Eine Konsequenz hieraus sagt, daß die KU sich nicht nur ihrer gesetzten hochschulpolitischen Wirkung beraubt, sondern auch die Durchführung studentischer Hochschulreform zu behindern beginnt, wenn sie sich diesen Gefahren nicht gewachsen zeigt.

Wie leicht wird die KU dann zu einem Freigehege, in dem sich aktive Studenten intellektuell austoben! Wie leicht wird sie dann studentische Reformkräfte in selbstgenügsamen Aktivismus absorbieren und die Verschulung, die Umwandlung zum Dienstleistungsbetrieb geschehen lassen, ja, auch die Herrschaft der Ordinarien dulden außerhalb ihres Reservates!

Und genau dann wäre die KU integriert in jenen Status, den sie - um ihrer Pflegeeltern sicher zu sein - schließlich sogar benötigt. Der Versuch, diese Selbstentmachtung zu vermeiden, gerät leicht in die Nähe einer anderen Gefahr, er verleitet zu einer neuen "Maschinenstürmerei", die unter dem Verzicht auf ein theoretisches Fundament das Falsche mit falschen Mitteln angreift, um endlich der Praxis ihr Recht zu geben.

Zwar muß die KU unter ihrem hochschulpolitischen "Kampfwert" betrachtet werden; aber als dieser Kampfwert ist nicht nur zu veranschlagen, was als äußerlicher Eklat, Lärm und Scherben zu Buche schlägt. Auch die Entwicklung einer Theorie, die Veränderung und Mobilisierung des politischen Bewußtseins, die Beeinflussung der Lehrveranstaltungen der Dozenten haben einen Kampfwert. Denn der Wert des hochschulpolitischen Kampfes um die demokratische Erneuerung der Universitäten besteht nicht nur in der Zerschlagung der Ordinarienherrschaft, sondern vor allem im Gewinn von Anhängern einer kritischen Wissenschaft.

Es ist nötig sich die Gefahren der KU auf diesem Weg vor Augen zu halten. Um ihnen zu entgehen, bedarf es eines ständigen Rückbezuges der KU auf ihre hochschulpolitische Funktion.

Die KU arbeitet an der Reform der konformen Universität; und in dem Maße, in dem sie diese realisieren kann, betreibt sie ihre eigene Selbstaufhebung.

Sozialistischer Bund Hamburg

Wer etwas ändern will, muß sich zusammenschließen.

Wer etwas ändern will, muß SOZIALIST sein!

Gruppenabende
14 tägig Donnerstag 20 Uhr
Gr. Bleichen 23 neben dem Ohnsorg-Theater

Friedhilde Bolz, 2 Hamburg 6, Karolinenstr. 32, Tel. 43 79 72

DIE "STAATSERHALTENDE" KONFORME UNIVERSITÄT

Von Sven G. Papcke

Abgesehen von Lichtblicken des Protestes im Vormärz, hat die deutsche Universität seit ihrer Verbeamtung eine herrschaftskonforme Rolle gespielt. Zum einen sorgte und sorgt sie noch immer als "Hort" der Vermittlung von instrumentalem Fachwissen für eine gedankliche und technische Reproduktion der zum Erhalt und zum Ausbau des Bestehenden notwendigen Kenntnisse. Zum anderen, gemäß ihrer Spaltung in schon sich selbst gegenüber isolierte Disziplinen, erarbeitet sie die zur Indoktrinierung mit dem status quo gebräuchlichen "Lehren". Sie war und ist und soll sein: der Quell abstrakter Aussagen über eine autoritäre, von Zeit zu Zeit auch totalitäre Politik, die ihrer akademischen Legitimation enthüllt schwer zu rechtfertigen wäre.

Gleichzeitig entspricht auch die Struktur ihrer Lehre, entspricht die innere Hierarchisierung an der Universität dem allgemeinen Oberlehrerverhältnis unserer Gesellschaft; sie propagiert also ebenso wie die schein-repräsentative Herrschaftsdemokratie im Kapitalismus ein Oberherren-Untertanenmodell. Trotz ihrer liberalen Kredos dient die Universität verschämt dem Profitprinzip des Kapitalismus, indem sie produziert und die produktive Zirkulation in Gang hält.

Die Universität wird mehr und mehr in den Entfremdungsprozess der gegenwärtigen westlichen Gesellschaft eingeordnet, nachdem sie innerhalb von zwei Jahrzehnten drei verschiedene Staatsformen rechtfertigte und bis heute immer dem "Bestehenden" dient, weil sie immer zu diesem gehört hat. Allerdings muß sie modernisiert werden, in den input-output Planungsrahmen einer Leistungsgesellschaft einbezogen werden.

Selbstverständlich entspricht dem wissenschaftlichen Dienst an der Aufrechterhaltung des Bestehenden ein interessenanalages Milieu an der Universität. Die Universität vertritt und lehrt ein egoistisches Seinsbild menschlicher Atome, die sich in einem studienlangen Kampf um die Gunst der Professoren befinden. Daraus folgt, daß die Universität in allen Sparten auch einen dementsprechenden Politikbegriff "vertritt". Allein der egoistische Mensch erscheint als Nutznießer und Pfeiler unserer Demokratie. In Forschung und Lehre vollzieht sich eine Ausgrenzung gesellschaftspolitischer Tatbestände. Thema werdensie nur in einem isolierten Sinn, d. h. die Daten und Fakten erscheinen als wertneutrale Größen, ihre Analyse unterschlägt zweierlei: eine verändernde Aussage über diese Realität (Aussage und Wirkungsgeschichte bleiben streng getrennt) und weiter das Hineinspielen des gesellschaftlichen Ich in ihre Schlussfolgerungen.

Konkret gesehen bedingt dieser Wirklichkeitsverlust an der Universität gleichzeitig die Einschließung des Lernens oder Forschens in ihr Milieu, so daß der Akademiker zum eigenen Stand wird. Dies egozentrische Verhalten verhindert eine Übertragung des Erkenntniswillens auf die "restlichen" 96% der Gesellschaft. Der Universitätsraum bläht sich zum Kosmos auf.

Was folgt daraus? Für den Bereich politischer Verhaltensweisen geschieht nun die Einübung eines Elitenglaubens. Diesem esoterischen Wissensdünkel kommen die "anderen", die Nicht-Akademiker, als die Ungebildeten, als die Barbaren vor,

die es - denn sie können ja die Komplexität ihres Seins nicht mehr überschauen - zu leiten gilt. Tendenziell erscheint im Bewußtsein der Akademiker die Unwissenheit der anderen als selbstverschuldet oder gar als biologisch begründet, nicht aber als gesellschaftlich verankert.

Politisch gesehen folgt weiter aus dieser akademischen Selbstbezogenheit: die gesellschaftspolitische Hinnahme des für einen selbst ja verhältnismäßig positiven status quo, und diese Tatsache versperrt den Ausblick auf alle kollektiven Notwendigkeiten. Deutlicher ausgedrückt: Die Gefangennahme des Ich in eine bloss milieugebundene "Wirklichkeit", die Versklavung des Denkens durch das Bestehende hat eine allseitige Intelligenzeinengung zur Folge. Der Verfall der politischen Demokratie, so wird jetzt deutlich, ist von einer Tabuierung des öffentlichen Denkens begleitet.

In den bundesdeutschen Universitäten hat lange Zeit Ruhe geherrscht. Die prosperierende Gesellschaft bot ihrem Selbstbild gemäß allen Gutwilligen Aufstiegschancen. Die Demokratie schien zu funktionieren, und wo sie Krallen zeigte, wurde das Mäntelchen der Selbstverteidigung gegen radikale Elemente darüber gebreitet. Die Bevölkerung, die einem Nachholbedarf an Demokratie frönte, verwechselte jetzt Ruhe mit Freiheitlichkeit; die Staatsrechtslehre versuchte diese Verwechslung zu theoretisieren, indem sie Demokratie mit Vertrauen gleichsetzte.

Die kritischen Energien der Intelligenz wurden in dieser Periode durch das Thema "Drittes Reich" historisch absorbiert, die Reflexion auf die Lächer des eigenen demokratischen Systems unterblieb. Zwar bedingte der geschichtliche Überkonsum an Militarismus noch 1951 scharfe Proteste gegen die Gründung eines neuen deutschen Militärstaates. Aber schon dieser Protest - später von der DFU artikuliert - blieb eher moralisch denn politisch; er konnte daher mit Hilfe des Märchens von der externen Bedrohung neutralisiert werden. Indem an allen Schulen und Universitäten die Befassung mit dem personalzentrierten Totalitarismus Hauptübung wurde, verschwand nicht nur die Tatsache, daß Hitler Handlanger hatte, Handlanger, die nun zu den Gründern der BRD gehörten. Dieser Totalitarismusfetisch erlaubte auch eine Übertragung auf den äußeren Feind: dem Kommunismus wurden nun alle Züge brauner Vergangenheit angekreidet. Nur so ist es zu verstehen, daß auch die Studentenschaft bis etwa 1964 brav in Horn Bonner Tiraden gegen die UDSSR, "Pankow;" und überhaupt die weltweite "Aggression" des Kommunismus " stieß.

Solange das eigene System öffentlich diskutiert zu werden schien, wurde der ungeheure Informationsmangel, der sich zum einen selektiv und zum anderen indoktrinär in der deutschen Intelligenz breit gemacht hatte, nicht angetastet. Opposition - nachdem die Kommunisten verboten worden waren - artikulierten sich vor allem in liberalen Kritikeleien à la Augstein, Dahrendorf oder Carlo Schmid an gewissen eigentümlich autoritären Zügen einer Bonner Kanzlerdemokratie.

Die Universität erfüllt bis dato perfekt ihre Rolle als Kanzel für das Bestehende. Noch 1965 konnte man meinen, daß die Geschichte der Restauration an den Universitäten die Geschichte der BRD in nuce enthalte. Warum dann die plötzliche Enthüllung aller Brüche unserer Demokratie? Für die "Aufklärung der Studentenschaft" ist eine Fülle von Momenten verantwortlich, die zum Teil weder gesamtgesellschaftlich noch studentepolitisch, sondern vielmehr aus einer Verschlechterung der Studienbedingungen zu analysieren sind.

Vor allem - dadurch, daß auch der westdeutsche Kapitalismus wieder in zyklische Krisen geriet, schien der gesicherte Aufstieg der akademischen Bürger durchaus nicht mehr gewährleistet. Überhaupt führte die Erringung eines akademischen Grades nicht mehr ohne Klippen in eine angesehene Stellung. Mehr noch, der Weg zu den Examina, die erst den Übergang in die Gesellschaft ermöglichten, wurde immer steiniger, weil die anflutende Studentenschar auf kaum erhöhte Studienplatzzahlen stieß. Im Schwange einer Beschränkung auf den Zwischengutproduktionsboom - hatte die BRD darauf verzichtet, die Universitäten rechtzeitig weiter auszubauen, um Grundlagenforschung treiben zu können. Auch im Produktionsbereich gab es keine Experimente.

In der universitäts-internen Verursachung des Protests liegt auch gleichzeitig ein Grund für die bisherige Fragilität der Studentenbewegung, für ihre mangelnde politische Reichweite. Sicher, die Misere an der Universität ist Folge gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen, ist Konsequenz der Prioritätenreihe Bonner Politik: Verteidigung ff - und dann erst Bildung. Der Protest gegen Mißstände an der Universität ist also unbewußt ein gesellschaftlicher Protest! Aber die Behauptung, dieser indirekte Zusammenhang sei politisch aktivierbar, trägt solange, als der Protest gegen die Verschlechterung der eigenen Lage nicht die gesellschaftliche Partialität der studentischen Situation reflektiert. Und dem steht die enge Milieubildung akademischen Bewußtseins im Wege. Eine Studentenpolitik, die sich daher allein auf intellektuelle Aufklärung über die Negativität der Universität als Pendant zur Gesellschaft beschränkt, wird den Ichcharakter des Protests nicht brechen. Es hat sich gezeigt, daß durch die Festlegung der Bonner Politik auf den "starken Staat" die Mittel für eine großzügige Erweiterung der Universität schwerlich ausreichen. Der Protest der Studenten ist also nicht rasch zu beschwichtigen; die Studentenschaft wird zum permanenten Unruheherd. In Hinsicht auf den eigentümlichen Widerspruch des Protests, daß er trotz aller Aggression erfolgreich nach Verbündeten sucht, daß er sich ausbreitet und intensiviert, versuchte die Politik mit administrativen Maßnahmen die Revolte zu dämmen. Sie stützte sich dabei auf eine durch die Zementierung ihrer Sinekuren völlig in Autorität erstarrte Professorenschaft, die mit Zwang und Indoktrination die Ordnung zu retten suchte. Hier ergab sich nun ein neues Element der Aufklärung. Ist den Studenten politische Aktivität schon nicht durch ihre gesellschaftliche oder mentalitätsmäßige Lage vermittelt, verwandelt sich ihre bisher bloß psychologisch - protestierende Aktivität unter der Erfahrung der neuen Unterdrückung zum konzentrierten Widerstand. Oftmals läuft jetzt die Erfahrung terroristischer Maßnahmen einer unelastischen Obrigkeit der Einsicht in deren Gründe voraus! Die KU findet hier die Aufgabe, sozusagen die Theorie des Protests nachzuliefern und vor allem: die autoritäre Reaktion der amtlichen Gewalt als system-immanente Handlungsweise eines kapitalistischen Staates aufzudecken, der einer Herrschaft des diskriminierenden Profites dient, nicht aber der gerechten Distribution des gesellschaftlichen "Vermögens". Erst wenn die Diktatur des Knüppels am 2. Juni 1967 als Inbegriff eines Staates erkannt wird, der sich liberal mit Freizügigkeit drapiert hat, der aber im Interesse einer Minderheit überall dort Gewalt einsetzt, wo die zum Profit nötige Ruhe gestört scheint, erst dann wird die akademische Barriere fallen, erst dann werden die Studenten ihren Protest gesamtgesellschaftlich ausweiten.

ARBEITER UND STUDENTEN ALS PARTNER ?

Von Peter Schütt

Der Versuch, Studenten und Arbeiter in der Kritischen Universität als Lernende an einen Tisch zu bringen, ist gescheitert. Die Beteiligung einzelner Arbeiter an KU-Kolloquien war nur ein wohlfeiler proletarischer Schmuck, wie er bürgerlichen Intellektuellen nur zu gut steht. Die Renommierproleten, die mitgemacht haben, waren auch vorher schon Gäste der Universität, neu hinzugekommen sind verschwindend wenig. Aufklärung für längst Aufgeklärte: dieses Ergebnis der bisherigen KU - Arbeit gilt auch für ihren Beitrag zur Arbeiterbildung.

Es ist einfach zu viel verlangt, nach den Qualen des Achtstundentags vom Arbeiter zu erwarten, daß er für weitere zwei, drei oder vier Stunden an den strapazierenden Gehirnakrobatiken angehender Fachidioten teilnimmt. Wer Tag für Tag physisch und psychisch bis zum Gehtnichtmehr gerädert wird, für den sind die großen Fragen die augenblicklich die Studenten interessieren, Notstand, Pressekonzentration oder Vietnam, ziemlich belanglos. Arbeiterbildung kann nur betriebsnah erfolgen, am besten unmittelbar am Arbeitsplatz. Statt Aufklärung über das System gilt es zunächst, Hilfe zu leisten; produktive und praktische Ansätze zur Humanisierung der täglichen Arbeitsbedingungen. Studenten brauchen die Arbeiter nicht darüber zu belehren, daß sie unterdrückt werden, das spüren sie am eigenen Leib. Es kommt nicht darauf an, die Situation, in der der Unterdrückte sich befindet, intellektuell zu reproduzieren und zu interpretieren. Stattdessen müssen, notgedrungen von außen her, Alternativen angeboten und Möglichkeiten zu konkreten Veränderungen aufgezeigt werden. Die in jeder Stunde lähmend empfundene Ohnmacht muß zerbrochen werden, damit der einzelne Arbeiter sein Selbstbewußtsein zurückerhält, daß ihm Selbstbestätigung und Selbstbestimmung ermöglicht. Nur der selbstbewußte Arbeiter ist in der Lage, Initiativen zu entwickeln und das Gesetz des Handelns an sich zu reißen.

Es ist klar, daß ein KU - Seminar im sechsten Stock des Wirtschafts - und Sozialwissenschaftlichen Instituts hoch über den Dächern der Stadt, das sich mit den sozio-ökonomischen Ursachen der Repression befaßt, nicht praxisnah genug ist, um den Arbeitern die notwendige Lebenshilfe zu vermitteln. Damit die Informations - und Agitationsarbeit der bewußten, d. h. klassenbewußten Studenten ihren Adressaten erreicht, müssen neue Wege beschritten werden. In Hamburg hat es dafür immerhin einige Ansätze gegeben. Studenten haben eine Woche lang vor der Vietnamdemonstration im Februar ein Flugblatt vor den Werkstoren verteilt, in dem sie die BILDberichterstattung über die vietnamesische Revolution richtiggestellt haben; kein Flugblatt landete im Papierkorb; sie wurden gelesen und während der Arbeitsunterbrechung ausführlich besprochen. Als die geplante Stilllegung der Kampnagel - Werke bekannt wurde organisierte eine Studentengruppe eine Informationsveranstaltung in einem Lokal gegenüber dem Betriebseingang, an der, unmittelbar nach Feierabend, über vierzig Arbeiter und Angestellte der Firma teilnahmen. Die Studenten hatten dabei keine fixfertigen Rezepte anzubieten, sie erläuterten nur ihre ökonomischen Hintergrundkenntnisse und beschränkten sich im übrigen darauf, den Anstoß zu einer Diskussion über mögliche Gegenmaßnahmen zu geben. Die Einigung über die geeigneten Schritte war selbstverständlich Sache der Arbeiter selbst.

Die Mitarbeit an Betriebszeitungen, wie sie bei Kampnagel versucht wurde, wäre ein geeignetes Bestätigungsfeld für KU - Studenten. Es geht nicht nur darum, Artikel zu schreiben. Wichtiger ist es oft, an der redaktionellen, organisatorischen und tech-

nischen Durchführung mitzuwirken. In Frankfurt, Köln oder im Ruhrgebiet haben SDSler dabei wichtige Erfahrungen gesammelt und vor allem die Vertrauenswerbung in der Arbeiterklasse eingeleitet, durch die allein die Kluft zwischen der Intelligenz und dem Proletariat überwunden werden kann. Das Vertrauen der Arbeiter läßt sich nicht durch große Worte erkaufen, es kann nur im gemeinsamen Kampf errungen werden. Mühsame Kleinarbeit ist nötig und für jeden Studenten, wenn er mitreden will, die genaue Kenntnis der innerbetrieblichen Situation, besonders der psychologischen Seite: wie will man sonst verstehen, daß spontane Streiks nicht um höherer Löhne willen ausbrechen, sondern um die Frühstückspause in einer geheizten Bude, abschließbare Toiletten oder Einzelheiten der Akkordsätze! Um das zu begreifen, braucht man nicht unbedingt in die Fabrik zu gehen, man suche das Gespräch mit den Arbeitern in der Kneipe, wo sich die Zungen lösen, oder lese in der Gewerkschaftszeitung "Metall" oder in der Hamburger Arbeiterzeitung "Blinkflur", die von den meisten Studenten ganz und gar zu Unrecht als spießig und langweilig abgetan werden. Wer etwa nur die Leserbriefe in den Blättern studiert, merkt rasch, wo dem Arbeiter der Schuh drückt!

Die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Arbeiter und Studenten im sprachlichen, psychologischen wie politischen Sinn kommen natürlich nicht von ungefähr; sie sind Ausdruck der Klassengesellschaft. Heute, da 95% der Studenten bürgerlichen Schichten entstammen und die allermeisten Wiso- und Jurastudenten nach ihrem Studium sofort in die Führungsstellen der Wirtschaft aufsteigen, hat der Arbeiter allen Anlaß, in dem Studenten seinen künftigen Chef zu sehen. Berechtigte durch ein noch vorhandenes Klassenbewußtsein bedingte Skepsis gegenüber dem akademisch gebildeten Vorgesetzten wird von der Manipulation in anti - akademische und anti-intellektuelle Affekte abgelenkt, und da der Sozialismus heutzutage vor allem von Intellektuellen und Studenten vertreten wird, lassen sich die Vorurteile noch weiter zu antisozialistischen Ressentiments umbiegen: Klassenbewußtsein wird gegen Klassenbewußtsein mobilisiert, das Sich-betrogen-wissen wird als Aggression in reaktionäre Bahnen abgeleitet.

Der manipulativ erzeugte Gegensatz zwischen Arbeitern und Studenten wird durch sozialpsychologisch bedingte Unterschiede in der Denk- und Lebensweise der einzelnen Gruppen noch verstärkt. Während sich die Studenten durchaus als Jugendliche fühlen und an den Hochschulen eine eigene noch jugendliche Subkultur entwickeln, mit kennzeichnenden gruppeneigenen Verhaltensweisen, sind auch junge Arbeiter durch die frühzeitige Einordnung in den Produktionsprozess gezwungen, sich mit ihren erwachsenen Kollegen zu identifizieren, schon um nicht als Prügelknaben für die Fehler anderer herhalten zu müssen. Unter den Arbeitern besteht eine größere Notwendigkeit, sich einen privaten Schutzraum gegen die übermächtige Repression zu erwerben, man heiratet daher wesentlich früher als unter Studenten, und aus Gründen der Existenzsicherung verstärkt sich die Neigung zu konformistischem Verhalten.

Die Studenten, die oft noch mit ihrem eigenen Vatermord beschäftigt sind, während gleichaltrige Arbeiter längst selbst Väter geworden sind, können sich, ohne ihre ohnehin vage Existenz zu gefährden, eine abstrakte Radikalität erlauben, die Vorurteile gegenüber einer angeblich voll angepassten Arbeiterschaft vermehrt. Daß die Arbeiter die Sprache der Studenten nicht verstehen, nicht verstehen können, weil ihnen jede wissenschaftliche Einsicht in die Widersprüche des Systems vorenthalten wurde, kann das gegenseitige Mißtrauen noch erhöhen. Die Kritische Univer-

sität hat die Trennung von Arbeiterklasse und Intelligenz bisher nicht überbrückt, sie blieb wie die alte Uni eine rein bürgerliche Angelegenheit und hat nirgends ihre klassenbedingten Schranken durchbrochen.

Als Alternative zum bisherigen Leerbetrieb der KU bietet sich aufgeschlossenen Studenten die Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit an. Sie ist bei weitem nicht so mies, wie an der Universität oft angenommen wird, aber sie kann sicherlich eine Menge neuer Einfälle, Ideen und Anregungen gebrauchen. Die meisten gewerkschaftlichen Bildungsanstalten bestehen noch immer aus Vorträgen, auf die der Arbeiter, der es gewohnt ist, in der Arbeit wie in der Freizeit nur von oben und außen gesteuert zu werden, besonders empfindlich reagiert, selbst wenn ihr Inhalt noch so autoritätskritisch ist. Hier für einen Abbau des autoritären Lehrer-Schüler-Verhältnisses, für eine Entbürokratisierung und Entkrampfung zu sorgen, wäre Aufgabe der KU-geschulten Studenten. Sie haben in ihrem "herrschaftsfreien Dialog", in den Methoden der Kooperation und im Teamwork Praktiken kollegialer Zusammenarbeit entwickelt, die sich sehr wohl auf den schulisch erstarrten Bildungsbetrieb der Gewerkschaften übertragen ließen.

Solange Studenten nicht unmittelbar die innerbetrieblichen Verhältnisse in Angriff nehmen können, wäre eine kritische Auseinandersetzung mit der manipulativen Freizeitindustrie, Jugendpresse, Film, Fernsehen, Mode und Sexrummel, ein vordringliches Thema, über das sich Studenten und Arbeiter noch am ehesten verständigen könnten.

Das richtige Verhalten der Studenten wird wahrscheinlich wie bei anderen derartigen Experimenten über den Erfolg möglicher gemeinsamer Seminare entscheiden. Die hemmenden Vorurteile können nur dadurch wirkungslos gemacht werden, daß die Studenten uneingeschränkt bereit sind, sich mit den einzelnen, nur scheinbar privaten Problemen des Arbeiters zu befassen, nicht als Besserwisser, sondern als Kollegen und Genossen und daß sie sich darauf beschränken, statt fertiger Lösungen Anregungen zu geben, deren Gestaltung von den Arbeitern selbst in die Hand genommen wird. Auch die Studenten haben von jungen Arbeitern eine Menge zu lernen - die Fabrik ist hierzulande noch immer der Herd aller Ausbeutungsverhältnisse-, und letzten Endes entscheidet die gegenseitige Kooperation, die Solidarisierung von Studenten und Arbeitern, das Bündnis von revolutionärer Intelligenz und revolutionärem Proletariat über den Sieg der Revolution.

VERZEICHNIS UND PROGRAMME DER ARBEITSKREISE

Die im folgenden aufgeführten Themen für KU-Arbeitskreise im Sommersemester 1968 wurden teilweise von interessierten Mitgliedern der einzelnen Fachschaften, teilweise vom KU-Rat beschlossen. Ihre Wahl hat - wie die ganze Organisation der KU - mehr zufälligen als systematischen Charakter. Das wesentlichste Kriterium für ihre Aufführung in diesem Verzeichnis war die Wahrscheinlichkeit der Realisation dieser Arbeitskreise, gewährleistet durch zumindest einen Verantwortlichen, der jedoch nicht mehr als den organisatorischen Kristallisationskern darstellen soll (Raumbeschaffung, Terminierung usw.), auch wenn die programmatischen Zeilen häufig von ihm allein verfaßt wurden und daher möglicherweise in der Diskussion als zu subjektiv erkannt werden. Eine Präformierung von Arbeitsweise, Arbeitshypothesen oder gar Ergebnissen darf der Vorspann also keinesfalls bedeuten, auch wenn er fälschlich diesen Eindruck erwecken sollte.

Weiterhin legt die Zufälligkeit der Themenwahl ein zweites Prinzip der KU nahe: es ist nicht nur erlaubt, sondern sogar in hohem Maße erwünscht, daß sich in Zusammenhang mit dem Ordentlichen Lehrprogramm spontan Gegen- und Komplementärveranstaltungen der KU bilden.

Dies unvollständige und unvollkommene Programm will also nicht mehr als institutioneller Kern und Anregung für eine Kritische Universität sein, deren Realisation der Eigeninitiative kritischer Studenten entspringen muß.

Die näheren Einzelheiten der Veranstaltungen, Ort und Termin, werden rechtzeitig an den schwarzen Brettern der KU ausgehängt.

DER WELTFRIEDEN UND DER KRIEG

Verantwortlich: Juan Gutierrez

Der Weltfrieden muß auf einer Gesellschaft basieren, die ein richtiges Bewußtsein hat über die Motive, die zu den Weltkriegen und lokalen bewaffneten Konflikten führen. Die Teilnehmer dieses Arbeitskreises werden gemeinsam versuchen, die Berechtigung dieser Thesen zu diskutieren, ihre Begündung zu formulieren und entsprechende Folgerungen aus ihr zu ziehen.

Zu dieser Aufgabe gehört eine kritische Analyse der Hypothesen, die heute die Kriegsforschung leiten. Bei den Versuchen, den Krieg mit Rekurs auf biologische Aggression, auf die Auslösung der Automatismen, die in die Kriegsmechanismen eingebaut werden, auf die Zunahme der Bevölkerungsdichte oder auf verschiedene soziopsychologische Voraussetzungen zu erklären, ist zu prüfen, ob die angeführten Kriterien die Ursachen oder nur Einzelaspekte des Krieges erfassen, ob sie konsistent genug sind zur Erklärung des tatsächlichen Kriegsprozesses (Gruppierung der kriegsführenden Parteien, Ausdehnung des Krieges, Kriegsabschluß usw.), ob sie eine geeignete Praxis der Kriegsverhinderung statt einer idealistischen oder passiven Verhaltensweise veranlassen können.

Die Arbeitsgruppe wird insbesondere eine Tatsache zu analysieren versuchen: In den heute drohenden Kriegen spielen mittelbar oder unmittelbar Probleme der Gesellschaftsordnung eine entscheidende Rolle; nur einige lokale Kriege bilden hier - jedenfalls solange sie sich nicht ausbreiten - eine mögliche Ausnahme. Somit gilt es, die antagonistischen Gruppeninteressen in der Gesellschaft zu untersuchen, deren Austragung zum Kriege führen kann.

Neben der theoretischen Arbeit wird der Arbeitskreis eine Praxis entwickeln. Er wird versuchen, auf die Vorlesung "Probleme des Weltfriedens" von Prof. v. Weizsäcker direkt einzuwirken. Er wird an der öffentlichen Diskussion teilnehmen, die für die Hälfte der Vorlesungszeit eingeplant ist: durch aktive Teilnahme an der Diskussion, durch kritische Analyse des Diskussionsvorgangs und möglicherweise auch durch Ausarbeitung und Verteilung schriftlichen Materials als Diskussionsbeitrag. Teilnehmen können alle Interessierten. Studenten der Politik, Soziologie und Volkswirtschaft sind besonders willkommen.

SOZIOLOGIE DES KRANKENHAUSES UND DER MEDIZINER

Verantwortlich: Flügge, Tempel

Die Forderung nach einer rationalen Medizin, wie sie sich aus dem Gebot des "nihil nocere" ergibt, scheitert nicht an dem mangelnden Informationsfluß zwischen Forschern und Klinikern oder Praktikern, sondern an der Bevormundung des einzelnen Arztes, wie sie durch die hierarchische Struktur der Krankenhäuser gegeben ist. Eine Spezialisierung des Arztes kann nur dann in der Praxis relevant werden, wenn die Sachkompetenz unabhängig von der Position innerhalb der Rangordnung gesehen wird.

Wenn diese banale Forderung immer noch nicht in die Tat umgesetzt wird, dann scheinen uns folgende Fragen zur Lösung dieses Problems beizutragen:

1. Wie sind die Mediziner als soziologische Gruppe zu beschreiben?
2. Unter welchen Bedingungen kann sich der einzelne Mediziner innerhalb seiner Gruppe entfalten?

Ein Seminar, das sich mit dieser Thematik beschäftigt, müßte klären, welche soziologischen Kategorien auf den Mediziner und seine Arbeitsbedingungen anzuwenden sind, welche historische Entwicklung zu den heutigen Verhältnissen geführt hat, und welche Aussagen für die Zukunft (Prognose) gemacht werden können.

Bei der Durchführung des Seminars werden wir uns mit Literaturstudien beschäftigen müssen, die durch die kritische Analyse eigener Erfahrungen ergänzt werden. Hierbei sind wir auf die Mitarbeit der "Etablierten" (= Medizinalassistenten, Vollassistenten, Habilitierte) angewiesen.

Zum Schluß noch eine unvollständige Literaturabgabe:

J. J. Rohde : Soziologie des Krankenhauses. Zur Einführung in die Soziologie der Medizin, Stuttgart 62

Rene König : Probleme der Medizin - Soziologie, Kölner Zeitschrift f. Soz. und Soz. - Psychologie, Sonderheft 3, 1965

Freemann : Handbook of Medical Sociology, Englewood Cliffs New York 1963

E. Bleuler : Das autistisch - undisziplinierte Denken in der Medizin und seine Überwindung, Springer Verlag 1966

A. Mitscherlich : Der Kranke in der modernen Gesellschaft, NWB Kiepenheuer und Witsch 1967

P. Klärner : Lähmt akademischer Spätféudalismus unsere Forschung ! - untersucht am Beispiel der Medizin, Nov. 1967 Selbstverlag

DER KRANKE IN DER GESELLSCHAFT

Verantwortlich: Ebbinghaus

Nicht Krankheit zu heilen, sondern Krankheit auch in ihren sozialen Ursachen zu beseitigen ist die zentrale Aufgabe der Medizin. Zu beseitigen mit Hilfe einer wirklich kausalen, notwendig politischen Therapie. Der Anstieg von Morbidität und Frühinvalidität in der Bundesrepublik Deutschland manifestiert den drohenden Bankrott der Medizin: 40% aller Männer und 60% aller Frauen werden vor ihrem 65. Lebensjahr zu Invaliden. Die in der Regel praktizierte naturwissenschaftliche Methodik der Medizin versagt diagnostisch wie therapeutisch bei über 50% aller Patienten. Diese erdrückenden Perspektiven - für die Hälfte der Bevölkerung die Aussicht auf Frühinvalidität, für die Hälfte aller Patienten keine Hoffnung auf Hilfe - verlangen, den bestehenden Frieden der Medizin nicht nur in Frage zu stellen, sondern aufzukündigen.

Es gilt, das im Wissen um das skandalöse Versagen der Medizin ungerechtfertigte hypertrophe Selbstbewußtsein des Arztes zu zerstören, um Raum zu schaffen für eine längst fällige kritische Selbstbestimmung. Den Arzt als Handlanger des Profits, der heilt zur Wehr-, Arbeits-, und Konsumtionsfähigkeit, wollen wir nicht mehr dulden. Anstelle eines unkritischen, fachidiotischen Selbstverständnisses tritt die Forderung nach Erkenntnis der eigenen Bedingtheit, nach Ausbildung zu eigenständiger, kritischer Wissensaneignung, Verarbeitung und Anwendung und nicht zuletzt nach einem berufsspezifischen politischen und damit gesellschaftlich verantwortlichen Problembewußtsein, um der eingangs formulierten Angabe der Medizin gerecht zu werden; der politische Arzt, der Krankheiten nicht nur heilt, sondern Krankheit beseitigt.

Den im Unterbewußtsein breiter Schichten von Ärzten wie Patienten verankerten Vorstellungen von Krankheit als Strafe für Sünde, als Ausdruck einer Schuld ist eine rationale Definition des Begriffs Krankheit gegenüberzustellen. Krankheit verstanden als simultan organisch - psychische Potenz, erfahrbar als subjektive Reaktion auf objektive Bedrohung und soziale Umwelt. Das Aufdecken dieses dialektischen Zusammenhangs von Krankheit und Umwelt wird die Diskrepanz der Krankheitsbegriffe von Arzt und Patient - der z. B. nicht gesund werden will, um für andere zu arbeiten - überwinden und Einsichten schaffen in die engen Beziehungen von Morbidität und revolutionärer Umgestaltung der sozialen Verhältnisse.

In Konsequenz einer parteilichen - parteilich hier im Sinne einer besseren und intakteren Krankenversorgung - Analyse muß dieses Seminar über die theoretischen Aspekte einer Neubestimmung von Arzt und Krankheit hinausgehen zur direkten Aktion dort, wo diese intaktere Krankenversorgung verhindert wird. Hier bieten sich an zwei Ebenen der Praxis: 1. Inneruniversitär. Direkte Aktionen zur Beseitigung von klassen-gesellschaftlichen Relikten an den Kliniken, wie feudal-hierarchische Ordnung, Privatliquidation und Privatstation. Patienten - und damit die Form und Intensität der Behandlung - sind ausschließlich nach der Schwere der Krankheit und nicht nach ihrem Steueraufkommen klassifizierbar! 2. Außeruniversitär. Direkte Aktionen zur Enteignung der Pharmazeutischen Industrie. Die hier erwirtschafteten Profite, die immensen toten Kosten von Werbung und Parallelforschung, das bestehende Arzneimittelchaos und die durch Patente und Verträge gesicherte Manipulation der Medizin, stehen in krassem Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter dieses Industriesektors!

Die Einheit von Theorie und Praxis ist die Voraussetzung der Effektivität auch dieses Seminars.

KRITIK DER UNPOLITISCHEN BETRACHTUNG
"AUTORITÄREN" UND "DEMOKRATISCHEN"
VERHALTENS IN DER PÄDAGOGISCHEN PSYCHOLOGIE

Verantwortlich: Bernhard Dahme

Die Erforschung "autoritären" und "demokratischen" Verhaltens gewinnt in der pädagogischen Psychologie zunehmende Bedeutung, vor allem die Erscheinungsformen des Verhaltens in der Lehrer - Schüler - Interaktion des täglichen Schulunterrichts. - Begründet ist das Forschungsinteresse sicherlich in der subjektiven redlichen Absicht, vorhandenes "autoritäres" oder "autokratisches" Verhalten der Erzieher aufzudecken, abzubauen und zu "demokratischem" oder "sozialintegriertem" Verhalten hinführen. Die Art und Weise der Erforschung dieser Verhaltensweisen erscheint jedoch unzureichend und inadaquat:

Bei der "psychologischen" Analyse der beiden Verhaltensbegriffe wird zunächst rein phänomenologisch, sodann bedingt operational verfahren: Kurze, knappe, auch schlagwortartige Verhaltensaussagen werden aus dem unmittelbaren, situativen Verhaltensablauf herausgelöst, für das Verhalten aber als "repräsentativ" angesehen (sogenannte items.) Diese werden vom Untersucher oder in günstigeren Fällen von einer Gruppe "unabhängiger" Beurteiler einer Reihe psychologischer Merkmale (z. B. Freundlichkeit, Verständnis, Ausmass der Strafandrohung etc.) in mehr oder minder starkem Ausmass zugeordnet. Diese Zuordnung geschieht fast immer aufgrund des "unmittelbaren, sinnhaften Verständnis" des Beurteilers. Die Zuordnung bedarf keiner näheren konzeptuellen Begründung, sie wird sogar meist nur teilweise sprachlich artikuliert (sogenanntes "rating"). Der Beurteiler soll den Erlebnischarakter - häufig sogar explizit eine "gefühlsmässige Einstellung zu den Verhaltensaussagen" in den Merkmals - Kategorien ausdrücken. - Durch Mittelung der individuellen Stellungnahmen wird der "Konsensus" der Beurteilungen festgestellt und dieser den beiden allgemeinen Verhaltensbegriffen "autokratisch" ("autoritär") oder "sozialintegrativ" ("demokratisch") statistisch zugeordnet.

Dies Verfahren erfreut sich zwar in der Psychologie grosser Wertschätzung, erscheint aber bei der Analyse "politischer", nämlich "demokratischen" oder "autoritären" Verhaltens als unzureichend.

Nicht näher analysiert wird, daß diese Begriffe im Individuum, hier also in der Person des Beurteilers, von Einstellungen belastet sind, die sehr heterogen sind bezüglich

- der gesellschaftlichen Schicht bzw. den Gruppen und Verbänden, denen das Individuum angehört,
- dem sehr unterschiedlichem Ausmass an Information über diese Begriffe in sozialphilosophischer politisch - ökonomischer, soziologischer und historischer Hinsicht.

Der Methode des unmittelbaren Verständnisses entsprechend sind die inhaltlichen Aspekte der beiden Verhaltenskategorien:

"autokratisch" ist eher "unfreundlich", unhöflich, verständnislos, erregt, verärgert, falsch" etc. und löst im Partner negative gefühlsmässige Erfahrungen, ablehnende Reaktion, Unfreiheit des Handelns" aus und verhindert seelische Reifung" etc.
"sozialintegratives" Verhalten ist dagegen eher "freundlich,

höflich, verständnisvoll, ruhig" etc. und gibt dem Individuum "positive gefühlsmässige Erfahrungen, annehmende (akzeptierende) Reaktion, Förderung seelischer Reifung" etc., allerdings auch eher Unzufriedenheit des Handelns.

In diesen Merkmalkonfigurationen der beiden Verhaltenskategorien ist somit auch inhaltlich nur der unmittelbare Erlebnischarakter, die gefühlsmässige Einstellung erfasst.

Es soll hier nicht behauptet werden, es würde somit die Problematik der Begriffe "demokratisch" ("sozialintegrativ") und "autoritär" ("autokratisch") auf ihre irrationalen Aspekte verschoben, es werde also heillos "psychologisiert", aber die Untersuchung des Erlebnischarakters von Verhalten ist nur ein Aspekt sozialpsychologischer Forschung. Ebenso müssen die objektiven sozialen Bedingungen des Verhaltens analysiert werden, sowie deren dynamische Interaktion im Handlungsablauf. Objektive Bedingungen in der Situation des Schulunterrichts sind z. B.:

- generelle Leistungsorientierung jeglichen Schulunterrichts
- Leistungsunterschiede zwischen den Schülern
- Benotungssystem (nicht nur für Leistungen sondern auch für nichtleistungsspezifisches Verhalten, z. B. "Betragen")
- Rangunterschied zwischen Lehrer und Schülern (Unterordnungsprinzip)
- Soziale Schichtung der Schüler.

Diese Bedingungen stehen in einem dynamischen Wirkungsgefüge untereinander. Dies gilt es zu analysieren, denn der Erlebnisaspekt ist nur Korrelat des objektiven Wirkungsgefüges.

Die Bedingungen selbst sind von politischer Bedeutung. Sie sind Produkt eines bestehenden gesellschaftlichen Systems. Sie nicht zu analysieren, heisst sehr wesentliche Verhaltensursachen überhaupt aus der Untersuchung auszuschliessen.

Es soll hier nur auf die Gefahren einer Beschränkung auf den Erlebnisaspekt hingewiesen werden:

Die Problematik "autoritären" oder "demokratischen Verhaltens" wird reduziert auf die Analyse von Haltung und deren mögliche Veränderung. "Autoritäre" Haltung bedeutet, unfreundlich und unhöflich seine Macht gebrauchen zu wollen, "demokratische" Haltung offenbart sich im strikten Befolgen der Losung "Seid nett zueinander" mit allen ihren Implikationen. Dies sind generelle Verhaltensmassstäbe, losgelöst von allen momentanen gesellschaftlichen Zuständen.

Blosses Demonstrieren "sozialintegrativen" Verhaltens in einem sozialen System, in dem erhebliche interindividuelle Chancenungleichheit fortbesteht, bedeutet geradezu, die objektiven Ursachen rationaler Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu verschleiern, dafür aber emotionale Befriedigung von Lehrer und Schüler einzuhandeln. Gerade darin offenbart sich repressive Toleranz: Die Repression bleibt erhalten, wenn auch in emotional befriedigender Form, d.h. mit momentaner Triebreduktion.

Emotionale Befriedigung allein kann jedoch nicht ein ausreichendes Kriterium für die Verwirklichung demokratischer Zustände sein (Wohl aber Kriterium der Erziehung zum vorbildlichen Konsumenten).

Es erscheint beinahe notwendig, in einem sozialen System erheblicher Rangunterschiede Aggressivität gegen den Apparat zu entwickeln, der die Herrschaftsstrukturen konsolidiert. Sogar das Vermitteln von Unsicherheitserlebnissen kann hier zur Tugend werden, da Unsicherheitserlebnisse sicherlich eine notwendige vorrationale

Stufe kritischen Bewußtseins sind. Richten sich diese "negativen" Haltungen gegen bestehende repressive Zustände, sind sie geradezu eine demokratische Forderung.

Literatur:

Marcuse, H. "Der eindimensionale Mensch"
Soziologische Texte, Band 40,
Luchterhand, 1967

"Kultur und Gesellschaft I"
editionssuhrkamp 101

Tausch, R. und Tausch, A.-M.
Erziehungspsychologie"
Verlag für Psychologie - Hogrefe,
Göttingen, 1965²

Wolff, R.P., Moore, B., Marcuse, H.
"Kritik der reinen Toleranz"
edition suhrkamp

POSITIVISMUS - FASCHISMUS - PSYCHOLOGIE

Dr. W. Tack / J. Kastka

Die Zusammenstellung der drei Begriffe "Positivismus", "Faschismus" und "Psychologie" scheint zunächst sehr sonderbar. Der historisch lokalisierbare Faschismus hat sowohl den Positivismus als auch die empirische Psychologie eher unterdrückt als gefördert. Und die Psychologie bedient sich selbst dann, wenn sie als empirische Wissenschaft auftritt, oft theoretischer Begriffe für "psychische" Gegebenheiten, die nach streng positivistischen Kriterien zumindestens problematisch sind. Dennoch gibt es Beziehungen zwischen den Inhalten der drei Begriffe, die kritische Reflexion erfordern.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts verstand sich die Psychologie als Wissenschaft jener Gegebenheiten, die ein Mensch nur von sich selbst wissen kann. Dieses "Innerpsychische" wurde aufgeteilt in drei Bereiche "Denken", "Fühlen" und "Wollen". Möchte man erfahren, was in einem Menschen vor sich geht, der etwa über ein Problem nachdenkt, so muss man ihn lehren, sich selbst zu beobachten und die Ergebnisse dieser Innenschau oder "Introspektion" zu berichten. Das Ergebnis dieses Vorganges wird akzeptiert, wenn es dem beobachtenden Subjekt, das zugleich beobachtetes Objekt ist, völlig einleuchtet, wenn es ihm "evident" ist.

Der methodische Fortschritt der Psychologie im abgelaufenen Teil unseres Jahrhunderts kann weitgehend als eine fortschreitende Subjekt - Objekt - Trennung verstanden werden.

Heute beobachtet der Wissenschaftler seine Versuchspersonen und registriert deren Verhalten in natürlichen oder experimentell geschaffenen kontrollierten Situationen. Als Kriterium für die Richtigkeit der Beobachtungsaussagen gilt deren "Objektivität". Dabei ist eine Aussage umso "objektiver", je wahrscheinlicher beim Vorliegen des gleichen Tatbestandes ist, daß verschiedene Beobachter und / oder ein Beobachter zu verschiedenen Zeitpunkten die gleiche Aussage zu machen bereit sind. Eine absolute "Objektivität" unabhängig vom Beobachter wird hierbei nicht unterstellt. Dieses Kriterium der Annehmbarkeit von Aussagen entspricht positivistischen Maximen.

Die Forderung des Positivismus gehen jedoch weiter. Sie betrachten als den Sinn eines jeden Satzes die Methode seiner Verifizierung, die bei empirischen Wissenschaften darin liegt, daß man ihn durch Anwendung klar angegebener Regeln auf Beobachtungsaussagen zurückführen kann, deren faktische Richtigkeit zumindest prinzipiell prüfbar sein muß. Begriffe wie etwa "Intelligenz", "Gedächtnis" oder auch "Bewußtsein" sind danach Hilfskonstruktionen, die lediglich die Darstellung empirisch gefundener Zusammenhänge vereinfachen, und die es ermöglichen, durch Theoriebildung immer mehr Tatbestandsaussagen aus möglichst wenigen theoretischen Annahmen abzuleiten. Psychologie ist damit eine Wissenschaft, die Zusammenhänge zwischen Situationen, individuellen Eigenarten, Erfahrungen und Verhaltensweisen beobachtend erfaßt und so ordnet, daß Vorhersagen möglich werden. Techniken, wie sie im Bereich des Positivismus entwickelt und geklärt worden sind, dienen zur Sicherung ihrer empirischen Basis.

Die offizielle Lehrveranstaltung (Vorl. Verz. 913) unter dem Titel "Die psychologische Erfassung hirnrnorganisch bedingter Leistungsstörungen" unter der Leitung Dr. Cohens ist umbenannt worden in "Klassenstruktur und abnormes Verhalten". Diese neue Veranstaltung kündigen wir im KU - Programm an, da sie sowohl von der Thematik als auch durch die Person des Seminarleiters mit den Intentionen der Kritischen Universität übereinstimmt.

Es erhebt sich nun die Frage, ob es damit bereits gerechtfertigt ist, die Psychologie insgesamt als positivistisch zu bezeichnen. Zumindest dort, wo sie ihre Erkenntnisse anwendet, überschreitet sie den Rahmen einer positivistischen Wissenschaft. Man hat gefunden, daß eine Verringerung der Kontakte zwischen den Mitgliedern zweier Menschengruppen die Sympathie zwischen diesen Gruppen vermindert. Der Psychologe, der diese Erkenntnis bekannt gibt, denkt vielleicht daran, daß im Dritten Reich die systematische soziale Isolierung der Juden durch Gesetze und Verfügungen (Rassengesetze, Judenstern, Ghetto und Konzentrationslager) den Antisemitismus förderte. Es besteht die Gefahr, daß er seine Leser mit einer Manipulationstechnik vertraut macht. Andererseits kann das Allgemeine Wissen um solche Techniken bei möglichst vielen Menschen deren Anfälligkeit für derartige Manipulationen durch Bewußtmachung derartiger Zusammenhänge verringern.

Indem man sich aufgrund solcher Überlegungen entschließt, in der Darstellung die eine oder andere Möglichkeit stärker zu betonen, fällt man eine Entscheidung, die mit Kriterien des Positivismus nicht beschreibbar ist. Wir haben hier einen Fall vor uns, in dem allein die Bekanntgabe einer wissenschaftlichen Erkenntnis die darin enthaltene Vorhersage falsifizieren kann. Solche "self-defeating-prophecies" sind möglich, weil Menschen gleichzeitig Objekte psychologischer Forschung sind und um die Ergebnisse eben dieser Forschung wissen können. Hier liegen Grenzen der Subjekt-Objekt-Trennung. Die Betrachtung dieser Phänomene macht eine kritische Psychologie möglich, ohne der Anwendung positivistischer Prinzipien bei der Tatsachenfindung notwendig zu widersprechen.

Der angedeutete gesellschaftliche Effekt der Psychologie läßt nun auch ihr Verhältnis zum Faschismus zum Gegenstand der Reflexion werden. Zu den Herrschaftsmitteln des Faschismus und insbesondere seiner historischen Erscheinungsform in Deutschland gehören nicht nur die verfassungs-, wirtschafts- und kulturpolitischen Maßnahmen und Einrichtungen, sondern auch die nationalsozialistische "Weltanschauung" selbst. Ihr Kernstück ist die Rassenlehre, eine vulgärdarwinistische Vorstellung vom ewigen Kampf um die Weltmacht, der zwischen den höheren und niederen Klassen ausgetragen wird.

Man muß nun fragen, wieweit die Psychologie in der präfaschistischen Periode Vorstellungen vermittelt und verbreitet hat, auf deren Boden eine solche Rassenlehre gedeihen konnte. Autoren wie Klages z. B. sehen das eigentliche "Wesen" des Menschen in einem irrationalen geschichtslosen Substrat, der "Seele", dazu gesellt sich eine Abwertung des "Geistes", der "Vernunft" und des "Verstandes" als "lebenstötend" und "weltvernichtend".

Eine andere Richtung, die "geisteswissenschaftliche" und "verstehende" Psychologie benutzt keine objektivierbaren Kriterien bei der wissenschaftlichen Forschung und Erkenntnisgewinnung. In dem sie postuliert, es gebe Menschen, denen die Fähigkeit des "Verstehens" gegeben ist, und deren Aussagen mithin unkontrolliert zu akzeptieren sind, führt sie in den Wissenschaftsbetrieb selbst die Möglichkeiten autoritärer Strukturen ein. Wert- und Sinnbegriffe verwendet sie in idealisierender Weise ohne Reflexion auf deren historische und gesellschaftliche Bedingtheit. Bezeichnenderweise fanden positivistische Ideen zu dieser Zeit noch keinen Eingang in die deutsche Psychologie.

Der Beitrag der Psychologie zur Unterstützung des etablierten faschistischen Systems im Dritten Reich lag weniger in der Erarbeitung von Herrschaftswissen und Manipulationstechniken als vielmehr in der Bestätigung der verordneten Wahrheiten der nationalsozialistischen "Weltanschauung", beispielhaft: E. Jaensch, Der Gegentypus. Sicher hätte eine positivistisch ausgerichtete empirische Psychologie wesentliche Hilfen für den NS-Herrschaftsapparat liefern können. Sie war jedoch, wie alle rationalen und "weltanschaulich voraussetzungslosen," Ansätze in den Sozialwissenschaften, untragbar und wurde an den Universitäten weitgehend ausgemerzt!

Vor und während der faschistischen Periode spielte die empirische Psychologie als Produzentin von Herrschaftswissen keine bedeutende Rolle. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hat sie sich um eine rationale Analyse der individual- und sozialpsychologischen Faktoren bemüht, die die Durchsetzung und Erhaltung des Faschismus ermöglichen.

Dass nach dem Krieg Charakterologien und Typologien der präfaschistischen und faschistischen Ära, wie sie bei Klages und Spranger, Pfahler und Jaensch konzipiert wurden, unter ideologiekritischen Aspekten dargestellt würden, wäre zu erwarten. Bei Roracher, Welck und dem von Kirchhoff herausgegebenen Sammelband "Ausdruckspsychologie" ist dies keineswegs der Fall; unkritisch werden die Positionen der oben genannten Autoren wiedergegeben, vertreten oder weiterentwickelt, ein bedenklicher und verdächtiger Sachverhalt, der wohl kaum durch unschuldige Wahrnehmung des Rechts auf freie Lehre und Forschung zu erklären oder rechtfertigen ist.

Betrachtet man den Faschismus nicht als isoliertes historisches Phänomen, sondern als eine Erscheinung, deren gesellschaftliche Grundlagen im Kapitalismus auch heute noch gegeben sind, so ergeben sich neue Fragen für die empirische Psychologie. Sie könnte möglicherweise dazu beitragen, den Menschen in eine immer perfekter werdende Abhängigkeit von einer repressiven, totalverwalteten, "freien" Gesellschaft zu führen. Soweit sie in positivistischer Tradition ihre Ergebnisse "wertfrei" ermittelt und der Gesellschaft bedingungslos überantwortet, gerät sie in ein Dilemma. Ihre Befunde können als privat verwendbares Herrschaftswissen für die Durchsetzung politischer, sozialer, ökonomischer und nicht zuletzt militärischer Ziele den jeweils mächtigsten Gruppen dienen, damit möglicherweise neue Wege undemokratischer Machtausübung eröffnend. Andererseits kann gerade die Bekanntgabe der gleichen Befunde zu einer Erweiterung des allgemeinen Bewußtseins führen, die einer effektiven Manipulation entgegen wirkt. Um dieses Dilemma zu lösen, ist eine Reflexion der Psychologie auf die Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft unerlässlich.

Literatur:

- Habermas, J.: Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik in: Topitsch, E.: Logik der Sozialwissenschaften, p 291 - 310
Haug, F.: Der hilflose Antifaschismus, edition suhrkamp 236
Hofstätter, P. R.: Einführung in die Sozialpsychologie, Kröner 1963

- Jaensch,E.: Der Gegentypus, Leipzig 1938
- Kirchhoff, R(ed): Ausdruckspsychologie, Bd 5 des Handbuchs für Psychologie, Göttingen 1965
- Klages, L.: Der Geist als Widersacher der Seele, Leipzig 1929
- Leinfellner, W.: Einführung in die Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie BI-Hochschul-taschenbuch, 41/41a
- Marx, H. M. (ed): Theories in Contemporary Psychology MacMillan 1963
- Lukács, G.: Von Nietzsche bis Hitler. Fischer Bücherei 784
- Pfahler, G.: System der Typenlehre, Leipzig 1928
- Pfahler, G.: Erbcharakterologische Gespräche mit jungen Deutschen, Leipzig 1942
- Roracher, H.: Kleine Charakterkunde, Wien 1961
- Spranger, E.: Lebensformen, geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit, Siebensterntaschenbuch, 35/36
- Topitsch, E(ed): Logik der Sozialwissenschaften, Kiepenheuer & Witsch 1965

MODERNES = WRAGE ANTIQUARIAT = WRAGE

Ständig über 4000 ungelasene Bücher
zu stark herabgesetzten Preisen am Lager.
Besuchen Sie uns unverbindlich.

2000 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 3, Telefon 455240

KONSERVATISMUS UND NEOFASCHISMUS IN DER BRD

Veranstalter: Humanistische Studentenunion (HSU) Hamburg
2 Hamburg 13, Edmund - Siemers - Allee 1, Postfach 30
Verantwortlich: Arnold Svensson

Vorgesehene Themen:

Ideologien des Konservatismus und Faschismus - Ökonomische, soziologische und (sozial)psychologische Ursachen des Faschismus - Restauration der Universität, Schule, Kirche, Justiz, Presse, Wirtschaft, Militär, Jugendorganisationen, Parteien u. a. Verbänden.

Wöchentlicher Arbeitskreis und etwa 5 Vorträgen

Literatur:

1. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. 4. Aufl. Frankfurt a. M. 1962
2. Duve, Freimut (Hrsg): Die Restauration entläßt ihre Kinder oder der Erfolg der der Rechten in der Bundesrepublik. rororo 990
3. Haug, Wolfgang Fritz: Der hilflose Antifaschismus. edition suhrkamp 236
4. Hirsch, Kurt(Hrsg): Schriftenreihe "gestern und heute". -München
5. Kohn, Hans: Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums. -Düsseldorf 1962
6. Kühnl, Reinhard: Die NPD - Berlin 1967
7. Lemberg, Eugen: Nationalismus: I. Psychologie und Geschichte; II. Soziologie und politische Pädagogik. - rde 197/8 und 199.
8. Lukács, Georg: Von Nietzsche zu Hitler oder Der Irrationalismus und die deutsche Politik. - Fischer Bücherei 784
9. Seeliger, Rolf(Hrsg): Die Braune Universität. Dokumentenreihe. -München
10. Sonnemann, Ulrich: Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten. -Hamburg 1963
11. Sulzbach, Walter: Imperialismus und Nationalbewußtsein. -Frankfurt a. M. 1959
12. Wolf, Hein-E.: Vorurteile und Toleranz in der Bundesrepublik. - In: Vorgänge 1967, H. 3-6; München

Zitate aus: Duve(2), Wolf (12) und " Worte des Vorsitzenden Heinrich" (Lübke-Zitate; Gräfelfing vor München 1968)

"Die NPD ist frei vom Glauben an die Urteilsfähigkeit der Masse" sagt die NPD. Minister Schröder sagt: "(Die Masse) will in erster Linie glücklich leben. Sie ist anspruchslos". Eine Allensbacher Umfrage ergab, daß 73% der SPD-Anhänger die Meinung vertreten, "die Regierung solle so handeln, wie sie es für richtig hielt und sich nicht um den Willen der Mehrheit kümmern". In Springer - Presse und Bundestag tönt der Ruf nach dem starken Mann: "Landgraf, werde hart!"

Autoritär - antidemokratische Ideologien haben wieder festen Fuß gefaßt in Deutschland, sie dürfen wieder öffentlich verkündet werden. Es waren die Wahlerfolge der NPD, die das Erstarren des Neofaschismus in der BRD erstmals in aller Welt bekanntgemacht haben. Offenbar ist aber die NPD nur die Spitze eines schwimmenden Eisberges, dessen mächtiger Unterwasserteil, - das latent faschistische Potential in der Bevölkerung-, weit gefährlicher, weil der Öffentlichkeit nicht bewußt ist.

Die NPD - Erfolge geben lediglich ein Maß für den Anteil der Militanten unter den Antidemokraten. Daß sich dieser terroristische Anteil in Zeiten wirtschaftlicher Rezession vergrößert, wird wieder einmal am Beispiel Berlins demonstriert, wo eine formierte gewalttätige Gesellschaft ihre "Juden" schon wieder verfolgt und verprügelt, angespornt von der Springer - Presse und einer SPD - Regierung.

Die deutschen Reaktionen haben ihre Feigenblätter, mit denen sie ihre ideologischen Blößen verhüllen; besonders Philosemitismus und die Verteufelung Hitlers gelten heute als Beweis einer demokratischen Gesinnung. Die Distanzierung von gewissen Extremen des Nationalsozialismus und die Anerkennung einzelner formaler Prinzipien der demokratischen Staatsform bedeuten jedoch noch keine wirkliche Identifizierung mit der Demokratie.

1968 ist nicht 1933. Eine neue deutsche Diktatur wird anders aussehen als die des Nationalsozialismus; am ehesten würde sie wohl klerikal - faschistische Züge tragen (nach F. J. Strauß könnte Südafrika mit seiner "christlich-nationalen" Apartheid-Ideologie zum "Eckpfeiler der westlichen Welt, ja zu einem Modellbeispiel der Welt werden"). Der kommende Diktator gibt sich nicht immer öffentlich als solcher zu erkennen. Der Übergang zu einem neuen Totalitarismus könnte unmerklich und wieder einmal "legal" geschehen, etwa auf dem Weg über die Notstandsgesetze.

Die Ideologen der formierten Gesellschaft nennen sich ideologiefrei. Sie geben vor, "pragmatische Realpolitik" zu betreiben. Keck wird hier antidemokratische Ideologie unter dem Schlagwort "Pragmatismus" verkauft.

Die Beziehungen zu den Denkschemata des Nazismus sind jedoch augenfällig.

Der unverhüllte Nationalismus des Dritten Reiches fand seine Ersatzbefriedigung in der Konzeption eines "christlichen Abendlandes". Ein bedrohtes, gutes Westeuropa wurde einem bösen "asiatischen" Osteuropa gegenübergestellt.

(Staatssekretär Thedieck: "immer wieder ist die östliche Flut bis ins Herzland Europas hineingebrandet: ich erinnere an die Awaren und Hunnen, an die Horden des Dschinghis Khan und an das Vordringen der Türken ... Die Austreibung der Sudeten-deutschen entsprang jenen asiatischen Kräften, die heute die ganze Welt bedrohen").

Der DDR wird wiederum "das Geschichtsbewußtsein eines Pygmäenstammes" (Gerstenmaier) zugesprochen.

Der Antisemitismus, der bei den Nationalsozialisten der Abreaktion kollektiver Unterlegenheitsgefühle diene, hat heute seine Entsprechung in einem hysterischen Antikommunismus, in der Warnung vor ausländischer Überfremdung und der Verketzerung kritischer konsumunwilliger Minderheiten.

Elitendenken, Agrarromantik und das mystische Idol eines geschlossenen (formierten), in natürlicher Harmonie lebenden Volkes mit einheitlicher Moral finden sich bei "Konservativen" ebenso wie bei NPD und Hitler (Heinrich Lübke: "Die Landbevölkerung muß sich ... energisch allen jenen verderblichen Einflüssen entgegenstemmen, die die festgefügte Ordnung ländlicher Kultur und Gemeinschaft auflösen drohen").

Vulgärchristlich - kleinbürgerliche Werte einer kollektiven Innerlichkeit, - wie Glaubensbereitschaft, Demut, Hingabe, Gehorsam, Ehrerbietung, Sauberkeit, "autonomes Pflichtbewußtsein" und "geläutertes Nationalgefühl" (Gerstenmaier) -, sollen angeblich die Demokratie sicherstellen. Sie werden -- als "Werte an sich" -- von den Konservativen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang nicht reflektiert und liefern diese daher den Machtansprüchen eines undemokratischen Systems aus. Von den Faschisten werden diese "Werte" bewußt zur totalen Manipulierung der Bevölkerung mißbraucht (Beispiele für den "hilflosen Antifaschismus" der Konservativen gibt Haug(3)).

Demokratische Tugenden dagegen, - wie Wille zu Mitbestimmung, Forderung nach politischer Öffentlichkeit, Bereitschaft zur Diskussion und Kritik -, werden von den Autoritären als unbotmäßig, als zersetzend und nestbeschmutzend abgewiesen und diffamiert (L. Erhard: "Uhus", "Pintcher" usw.).

Der antidemokratische Konservatismus in der BRD ist der Nährboden, auf dem der Neofaschismus wächst. Bereits in der Springer - Presse, in den Rednerdiensten der CSU, in den Reden der Seehoß, von Hassels, Erhards, Strauß und Schütz wird die Ideologie der radikalen Rechten vorformuliert. Die Bundestagsparteien, die sich aus wahltaktischen Gründen nach rechts angepaßt haben, die alte Nazis und aktive "Mitläufer" in höchste Staatsämter berufen haben und die dem Volk weismachen, Hitler und der Nazismus seien über Deutschland gekommen als "Zuchtrute Gottes" wie eine Krankheit oder ein Ungewitter (Lübke zu amerikanischen Austauschschülern: "Wenn man ihnen sagt, wir hätten einen Hitler gehabt, dann müssen sie sagen, daß Hitler gar kein Deutscher war und daß er auch nicht normal war"), - diese Parteien haben der NPD mit dem Weg bereitet und führen ihr ständig neue Mitglieder zu.

Eine Analyse des bundesdeutschen Rechtsradikalismus und der Versuch einer Therapie können sich daher nicht auf die NPD und ähnliche Organisationen beschränken, deren terroristischer Charakter offen zutage liegt. Einbezogen werden muß in die Untersuchung auch und gerade der autoritär-antidemokratische Konservatismus in allen seinen Erscheinungsformen, dessen faschistische Tendenzen, - zumeist unter Berufung auf christliche, preußische u. ä. Tugenden, bewußt oder unbewußt verdeckt werden und ohne den der Rechtsradikalismus in Deutschland keine Chancen hätte.

Es ist daher beabsichtigt, in dem geplanten Arbeitskreis die Zusammenhänge zwischen den Ideologien der "organisierten und der etablierten Rechten" (Düve) zu analysieren und aufzudecken. Dabei wird besonders auf die ökonomischen, soziologischen und (sozial)psychologischen Ursachen des Faschismus einzugehen sein. Restaurative Tendenzen in Universität, Schule, Kirchen, Justiz, Presse, Wirtschaft, Militär, Jugendorganisationen, Parteien u. a. Verbänden sollen im einzelnen behandelt werden. Weiterhin wird es Aufgabe des Arbeitskreises sein, direkte Aktionen zur Aufklärung über den Neofaschismus vorzubereiten.

Interessenten aus allen Teilen der Bevölkerung, insbesondere Schüler, Lehrer, Arbeiter und Angestellte sind zur Mitarbeit eingeladen.

AUFRÜSTUNG UND MILITÄRPOLITIK IN DER BRD

Verantwortlich: Sven G. Papcke

Näheres: siehe Aushang

URSACHEN UND ASPEKTE DER STUDENTISCHEN OPPOSITION

Zur Frage der Mitbestimmung

Veranstalter: Deutscher Gewerkschaftsbund

Dienstag: 17.30 - 19.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal der IG Metall, Gewerkschafts-
haus, Besenbinderhof 57/V. Stock

Termine: 23.4.; 7.5.; 14.5.; 21.5.; 4.6.

Basis und Klammer gemeinsamer Aktionen und Aufklärungsarbeit ist für das kritische gegenseitige Verständnis von Arbeitnehmern und Studenten die Problematik der Mitbestimmung.

Die sozialkapitalistische Unternehmerschaft ist gegen jede paritätische Mitbestimmung die über bloße Beratung und Vertretung in personal- und sozialpolitische Angelegenheit hinausweisen will.

In diesem Punkt wissen die Arbeitgeberverbände sich einig mit der Universitätsoligarchie. Die Studentenschaft muß die Frage der Mitbestimmung ansehen als die gesetzliche verfügte unmittelbare paritätische Beteiligung der Studenten- und Arbeitnehmerschaft an den Entscheidungsprozessen in allen betrieblichen und universitären Bereichen. Einleuchtend bleibt dabei, daß auch bei verschiedenen Formen und flexiblen Graden der Mitbestimmung die betriebsinterne Wirksamkeit des Selbstbestimmungsrechtes am Arbeitsplatz die entscheidende Rolle spielt.

Zum erstenmal seit der Einleitung eines bewußten gesellschaftspolitischen Änderungsprozesses durch den Großteil der Studentenschaft wird in Hamburg der Versuch unternommen, auf breiter Fläche zwischen Studenten und Gewerkschaft eine notwendige gemeinsame Rahmenplanung für Mitbestimmungsfragen zu erarbeiten.

Die Erfahrungen beider Gruppen müssen einander auf allen relevanten Ebenen ergänzen.

Bleibt darüber hinaus die Frage, ob Gewerkschaften oder Studentenschaften allein imstande wären, die Mitbestimmungsaufgaben zu übernehmen und zu erfüllen, ob nicht vielmehr die Ignorierung gesellschaftlicher Zusammenhänge auf beiden Seiten bislang dazu beigetragen hat, daß Charakter, Bedeutung und Rolle der Institutionen Studentenschaft/Gewerkschaft fehlgesehen werden.

Revolution

THEORIE UND PRAXIS DER REVOLUTION

in der „Dritten Welt“ und in Europa. Eine NEUE (und finanziell unabhängige) Zeitschrift, die die sozialökonomischen und organisatorischen Grundlagen des antiimperialistischen Kampfs in Lateinamerika, Afrika und Asien ebenso analysiert, wie den Entwicklungsprozeß in den kapitalistischen Zentren selbst. Sie sucht aus der Fülle des empirischen Materials nach den Bewegungsgesetzen des späten Monopolkapitalismus und des autoritären Staats. Auch hier werden die organisatorischen Bedingungen für eine konsequente sozialistische Opposition entwickelt und Koordinierungsprobleme auf übernational - europäischer Basis diskutiert.

Redaktion: Karl Heinz Roth, Giovanni Zamboni
2 Hamburg 6 Fetsstraße 5-7, Cicero Presse

Aperiodisch 8 Hefte im Jahr. Umfang: 40 - 200 Seiten.

Einzelpreise: DM 2,50 - DM 6,-

Abonnements: BRD und Westberlin DM 22,- p. a. portofrei,

Ausland DM 30,- p. a. portofrei.

Erhällich in jeder politischen Buchhandlung, Abonnements auch direkt:

cicero presse

UNIVERSITÄT UND INDUSTRIE

Empirische Untersuchungen am Beispiel der Hamburger Universität

Verantwortlich: Wolf - Peter Martin

In der Schrift "Revolte Wozu?" vertrat der SDS die These, daß Industrie und Hochfinanz in vielen Bereichen Einfluß auf unsere Hochschulen ausüben und damit Forschung und Lehre mitbestimmen. (Revolte Wozu?, herausgegeben vom Landesverband des SDS Hamburg im WS 67/68, S. 4ff.) So weist auch nach André Gorz "die Industrie der Universität ihre Aufgabe zu, in großer Zahl Fachleute auszubilden, die sofort in der Produktion, in der angewandten Forschung und in der Verwaltung verwendbar sind!"

(A. Gorz, Studium und Facharbeit heute, in: Wider die Untertanenfabrik, Hrg. S. Leibfried, Köln, 1967, S. 47) Folgt man dieser Auffassung, entsteht die Frage, wie denn die Industrie ihren Einfluß geltend macht. Also die Frage nach den Mitteln und Methoden neben der Frage nach dem Ausmaß ihres Vorgehens.

In diesem Arbeitskreis soll als Arbeitshypothese angenommen werden, daß ein Weg der Einflußnahme die Verbindung von Industrie und Hochschule durch Personalunion ist. - So soll der Versuch unternommen werden, am Modell der Hamburger Universität zu zeigen, ob und wie weit Angehörige der Lehrenden sowie der Universitätsverwaltung zugleich in Entscheidungsgremien von Organisationen sitzen, die ein Interesse an "spezialisierten Schulen (Management, Public relations, Werbung, Handel etc.)" haben, "deren ganz und gar utilitaristische Programme sich den unmittelbaren Bedürfnissen der Industrie anpassen und den Studenten statt eines in sich zusammenhängenden Wissens nur eine Art know-how vermitteln". (A. Gorz, a. a. O. S. 49) Daran anschließend müßte in einer weiteren Untersuchung nachgewiesen werden, ob diese Querverbindungen quantitativ und qualitativ die Annahme einer Einflußnahme rechtfertigen.

Obwohl der derzeitige Bundesminister für Wirtschaft und (beurlaubte) Professor für Volkswirtschaftslehre Karl Schiller kaum als repräsentativ anzusehen sein dürfte, sei es gestattet, an seinem Beispiel zu zeigen, wohin eine solche empirischen Untersuchung führen könnte:

Schiller ist Mitglied des Aufsichtsrates in 13 Industrie bzw. Finanzorganisationen, darunter die August-Thyssen-Hütte AG, Duisburg - Hamborn mit 17 Tochtergesellschaften und der Berliner Bank AG, Westberlin. Er ist Mitglied des Verwaltungsrates zweier Hamburger Banken und des Hamburger Hammonia Verlages, sowie Mitglied des Verwaltungsausschusses von Planten un Bloomen, Hamburg. Er ist Mitglied des Vorstandes

im Kuratorium des Instituts für Asienkunde, Hamburg
im Kuratorium der "Amerika-Gesellschaft", Hamburg
im Kuratorium des "Übersee-Clubs", Hamburg (siehe Graubuch, erschienen im Staatsverlag der DDR, Berlin, 1967, S. 164/5).

Die Liste ist nicht auf dem neuesten Stand.

Ein solcher Professor dient vielen Herren mit unterschiedlichen Ansprüchen. Vertritt er in Lehre und Forschung die Interessen aller? Vertritt er die Industrie? Oder genügt er dem Anspruch der sog. "wertfreien Wissenschaft". Kann er das überhaupt? Oder ist er etwa wegen der Unvereinbarkeit der Ansprüche entweder untragbar für die außeruniversitären Auftraggeber oder aber für die Hochschule?

Eine Vielzahl beunruhigender Fragen. Sie können nur ausgeräumt werden, wenn empirisch bewiesen ist, daß Professor Schiller tatsächlich so unrepräsentativ für seine Kollegen ist, wie oben unterstellt wurde.

THEORIE DER BUNDESREPUBLIKANISCHEN GESELLSCHAFT II

Verantwortlich: Jens Litten

Dieser Arbeitskreis soll in Kontinuität zu der Veranstaltung gleichen Titels im vergangenen Semester stattfinden

André Kédros

„Der griechische Widerstand„

Der Freiheitskampf des griechischen Volks 1940 - 44

ca 600 Seiten engl. Broschur viele Fotos ca DM 24,-

cicero presse

UNIVERSITÄT UND INDUSTRIE

Empirische Untersuchungen am Beispiel der Hamburger Universität

Verantwortlich: Wolf - Peter Martin

In der Schrift "Revolte Wozu?" vertrat der SDS die These, daß Industrie und Hochfinanz in vielen Bereichen Einfluß auf unsere Hochschulen ausüben und damit Forschung und Lehre mitbestimmen. (Revolte Wozu?, herausgegeben vom Landesverband des SDS Hamburg im WS 67/68, S. 4ff.) So weist auch nach André Gorz "die Industrie der Universität ihre Aufgabe zu, in großer Zahl Fachleute auszubilden, die sofort in der Produktion, in der angewandten Forschung und in der Verwaltung verwendbar sind!"

(A. Gorz, Studium und Facharbeit heute, in: Wider die Untertanenfabrik, Hrg. S. Leibfried, Köln, 1967, S. 47) Folgt man dieser Auffassung, entsteht die Frage, wie denn die Industrie ihren Einfluß geltend macht. Also die Frage nach den Mitteln und Methoden neben der Frage nach dem Ausmaß ihres Vorgehens.

In diesem Arbeitskreis soll als Arbeitshypothese angenommen werden, daß ein Weg der Einflußnahme die Verbindung von Industrie und Hochschule durch Personalunion ist. - So soll der Versuch unternommen werden, am Modell der Hamburger Universität zu zeigen, ob und wie weit Angehörige der Lehrenden sowie der Universitätsverwaltung zugleich in Entscheidungsgremien von Organisationen sitzen, die ein Interesse an "spezialisierten Schulen (Management, Public relations, Werbung, Handel etc.)" haben, "deren ganz und gar utilitaristische Programme sich den unmittelbaren Bedürfnissen der Industrie anpassen und den Studenten statt eines in sich zusammenhängenden Wissens nur eine Art know-how vermitteln". (A. Gorz, a. a. O. S. 49) Daran anschließend müßte in einer weiteren Untersuchung nachgewiesen werden, ob diese Querverbindungen quantitativ und qualitativ die Annahme einer Einflußnahme rechtfertigen.

Obwohl der derzeitige Bundesminister für Wirtschaft und (beurlaubte) Professor für Volkswirtschaftslehre Karl Schiller kaum als repräsentativ anzusehen sein dürfte, sei es gestattet, an seinem Beispiel zu zeigen, wohin eine solche empirischen Untersuchung führen könnte:

Schiller ist Mitglied des Aufsichtsrates in 13 Industrie bzw. Finanzorganisationen, darunter die August-Thyssen-Hütte AG, Duisburg - Hamborn mit 17 Tochtergesellschaften und der Berliner Bank AG, Westberlin. Er ist Mitglied des Verwaltungsrates zweier Hamburger Banken und des Hamburger Hammonia Verlages, sowie Mitglied des Verwaltungsausschusses von Planten un Bloomen, Hamburg. Er ist Mitglied des Vorstandes

im Kuratorium des Instituts für Asienkunde, Hamburg
im Kuratorium der "Amerika-Gesellschaft", Hamburg
im Kuratorium des "Übersee-Clubs", Hamburg (siehe Graubuch, erschienen im Staatsverlag der DDR, Berlin, 1967, S. 164/5).

Die Liste ist nicht auf dem neuesten Stand.

Ein solcher Professor dient vielen Herren mit unterschiedlichen Ansprüchen. Vertritt er in Lehre und Forschung die Interessen aller? Vertritt er die Industrie? Oder genügt er dem Anspruch der sog. "wertfreien Wissenschaft". Kann er das überhaupt? Oder ist er etwa wegen der Unvereinbarkeit der Ansprüche entweder untragbar für die außeruniversitären Auftraggeber oder aber für die Hochschule?

Eine Vielzahl beunruhigender Fragen. Sie können nur ausgeräumt werden, wenn empirisch bewiesen ist, daß Professor Schiller tatsächlich so unrepräsentativ für seine Kollegen ist, wie oben unterstellt wurde.

THEORIE DER BUNDESREPUBLIKANISCHEN GESELLSCHAFT II

Verantwortlich: Jens Litten

Dieser Arbeitskreis soll in Kontinuität zu der Veranstaltung gleichen Titels im vergangenen Semester stattfinden

André Kédros

„Der griechische Widerstand„

Der Freiheitskampf des griechischen Volks 1940 - 44

ca 600 Seiten engl. Broschur viele Fotos ca DM 24,-

cicero presse

IDEOLOGIEKRITISCHE UNTERSUCHUNG HAMBURGER TAGESZEITUNGEN

Verantwortlich: Holger Oehrens

Die Mehrheit der in Hamburg erscheinenden Tageszeitungen werden von Springerkonzern herausgegeben; "Die Welt" für den ehrbaren Kaufmann, das "Hamburger Abendblatt" für die feierabendliche Lektüre im trauten Familienkreis und "Bild" für alle, die Nebensätze und Konjunktive für ähnlich verdächtig halten wie Berichterstattung, die über das schwarz-weiße Bilderbuch hinausgeht. Wer - spätestens seit der systematischen Programmhetze der Springerblätter in Berlin - trotz der zugegeben, flexibleren und ambivalenteren Berichterstattung zu hanseatischen Ereignissen auch an Hamburger Springer - Erzeugnissen keinen Gefallen mehr findet und "Enteignet Springer" ruft, wird von der Regierungspartei der Elbmetropole auf die angeblich kontrastierende SPD-eigene "Hamburger Morgenpost" verwiesen, die sich zumindest in Format und Lay-Out von Springers "Bild" unterscheidet. Drei Hamburger Tageszeitungen aus dem Hause Springer, die möglichst alle Lesergruppen zu erreichen trachten, und ein SPD-Boulevardblättchen mit Werktägigen-Air stehen zur (auch vergleichenden) Analyse.

In engem Zusammenhang mit dieser Situation, die einen (latenten) Kontrastbedarf nahelegt, stehen die Bemühungen eines im wesentlichen studentischen Kleinunternehmens, daß unter dem Titel "Hamburger Extrablatt" der einseitigen und tendenziös unterrichteten Öffentlichkeit einen Extra - Schlag an Information und kritischem Kommentar zu verkaufen trachtet. Die Mitarbeiter dieses ständig vom Exitus im embryonalen Zustand bedrohten Blattes können gewiß wertvolle Erfahrungen und Arbeitsergebnisse aus ihren Bemühungen für den Arbeitskreis beisteuern, der sich seinerseits bemühen wird, neu gewonnene Erkenntnis für das "Extrablatt" nutzbar zu machen.

RÄTEREPUBLIK UND PARLAMENTARISMUS

Verantwortlich: Arbeitskreis Ost an der Univefsität Hamburg

Noch immer ist der Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft nicht gelöst, nämlich der Versuch der Menschen, ihr Leben selbständig zu gestalten, und die praktizierte Manipulation durch obligarchische Gruppen, die über Produktionsmittel und Wissen verfügen.

Die Form dieses Widerspruchs ist den Wandlungen der Existenzbedingungen der Menschen unterlegen:

Der ursprüngliche liberale Staat in der Phase des Unternehmerkapitalismus befaßte sich nicht mit dem genannten Problem, da die Ideologie vom freien Spiel der Kräfte ihm nur seine berühmte "Nachtwächterrolle" zuordnete, die bei den Volksmassen, Mittelschicht und Arbeitern, Anklang fand.

Hingegen forderte die Phase der Kapitalkonzentration eine starke Staatsgewalt, die schließlich im Faschismus die Mehrheit der Bevölkerung aus dem politischen Entscheidungsprozess mit Gewalt fernhielt.

Heute werden die offenen terroristischen Maßnahmen zur Unterdrückung der demokratischen Möglichkeiten unserer Gesellschaft ersetzt durch legal erscheinende Unterdrückung. Als Stichworte wären zu nennen: Die oligopolistische Warenproduktion und - distribution, Reglementierung des Arbeitsmarktes, Konsumzwang und Verdummung der Massen, um deren politisches Bewußtsein herunterzuspielen. Die Einengung der Informationsfreiheit durch die Besitzkonzentration auf dem Gebiet der Massenmedien, Verstaatlichung der Parteien auf dem Wege der Parteifinanzierung, Notstandsgesetzgebung, Mobilisierung politischer Angst gegen demokratische Bewegungen und nicht zuletzt die zunehmende Ausrichtung des Bildungssystems auf die Nachfrage des Arbeitsmarktes, mit der die kritische Funktion der Intelligenz ausgelöscht wird, tun ein übriges.

Diese Situation fordert uns dazu auf, zu fragen, wie die Beteiligung aller an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen erreicht und wie sie institutionell verankert werden kann.

Um die geschichtlichen Erfahrungen nicht zu vernachlässigen, scheint es den Initiatoren dieses Arbeitskreises nötig, sich mit dem historischen Modell der Räte zu beschäftigen, das gerade politische Selbstbestimmung und ökonomische Selbstverwaltung der Massen verwirklichen wollte. In wieweit sich dieses Modell auf die gegenwärtige Situation übertragen lässt, kann nur beantwortet werden, wenn wir die Entwicklung von den Räten (Pariser Kommune, Sowjets, Münchener Räterepublik, jugoslawisches Modell u. a.) zu den Betriebsräten und schließlich zu den Arbeitsdirektoren verstehen und die Räte nach ihrem Selbstverständnis, ihrer Zusammensetzung, Arbeitsweise, Zielsetzung und ihrem Erfolg untersuchen.

Im Gegensatz zu den Räten, mit denen zumindest in Deutschland Terror und Chaos verbunden wird, ist im Bewußtsein der Bevölkerung das institutionell-parlamentarische System der Garant für demokratische Verhältnisse. Daher stellt sich uns das Problem, welche Funktion der Parlamentarismus heute in Bezug auf die ökonomischen Bedingungen unserer Gesellschaftsordnung hat.

Das Ziel dieses Arbeitskreises kann zunächst nur negativ formuliert werden: Es geht uns nicht darum, das technisch-funktionale Wissen, das an unserer Universität vermittelt wird, zu vergrößern. Um dem Ziel der gesellschaftlichen Emanzipation des Einzelnen näherzukommen erscheint es notwendig, sich des Repressionscharakters unserer Gesellschaft bewußt zu werden und als Alternative Formen realer Demokratie zu entwerfen.

Das darf nicht zu reiner Selbstbestätigung ausarten, sondern es muß versucht werden, die Masse für die Veränderung der bestehenden Verhältnisse zu gewinnen. Unsere Aufgabe ist also, nach Möglichkeiten der Kommunikation mit anderen Studenten- und Bevölkerungsgruppen zu suchen-

Literaturvorschläge:

- J. Agnoli/P. Brückner, Die Transformation der Demokratie
Voltaire-Verl. 1967
- W. Abendroth
Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der BRD
Stimme - Verl. 1965
- K. Marx
Der Bürgerkrieg in Frankreich, Berlin 1891
- O. Anweiler
Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921
- H. Bayer
Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München
Rütten & Loening 1957

THESEN ZUR THEORIE-PRAXIS-VERMITTLUNG bei Marx UND IM NEOMARKISMUS

Verantwortlich: Dietrich Böhler, Arbeitskreis Ost an der Universität Hamburg

"Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern."

Etwa mit diesem Satz übt Marx Ideologiekritik an der halben Wissenschaftlichkeit eines Wissenschaftsbegriffs, der sich aus der selbstgenügsamen griechischen "Theoria" herleitet und gegen dessen unkritische Fortsetzung heute die "kritische Universalität" (schon mit ihrem Namen) protestiert. Nicht nur der halbierte "Rationalismus" (Habermas) des Neopositivismus, sondern der herrschende Wissenschaftsbegriff und -betrieb sowie die ihn z. T. noch erheblich unterbietende politische Regierungspraxis sind insoweit gesellschaftlich "falsches Bewußtsein", als sie sich ihre gesellschaftlichen und traditionsgeschichtlichen Voraussetzungen und Abhängigkeiten nicht bewußt machen. Da sie ihre Interessenzusammenhänge nicht aufdecken, vollzieht sich hinter ihrem Rücken eine "ideologische" Interessenvermittlung. Dem liegt das antik-abendländische "theoria"-Verständnis ("reiner Wissenschaft" und "ideologiefreier Politik") zugrunde. Hingegen zielt Marx' Ansatz einer bewußten Theorie-Praxis-Vermittlung auf "kritische Theorie" (Horkheimer, Marcuse-19317): als Anleitungs- und Begleitwissenschaft der immer schon unternommene Weltveränderung, damit sie künftig auch selbstbewußt unternommen werde. Der Neomarkismus der "Frankfurter Schule" um Horkheimer, Marcuse, Adorno brachte den Marx'schen Ansatz wieder als Ideologiekritik zur Geltung - gegen seine Dogmatisierung zur selbst wieder klassisch "theoretischen" Weltanschauung des "Diamat" und "Histomat". Freilich ersparte sich die Frankfurter Schule wie schon Marx die Rückfrage auf die Bedingungen der Möglichkeit der von ihrer Ideologiekritik doch vorausgesetzten Gesellschaftstheorie in emanzipatorischer Absicht. Das ist gerade das Kennzeichen der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen (Habermas) und wissenschaftstheoretischen (Apel) Anknüpfung an Marx, die im Zeichen des Existentialismus über Heidegger, Sartre, Merleau-Ponty und des Pragmatismus über Ch. S. Peirce und Dewey vor sich geht. Diese beiden Ansätze einer Theorie-Praxis-Vermittlung sind im Marxismus ohnehin impliziert. Der Existenzialismus zeigt, daß jeder "Entwurf" das Engagement der Menschen voraussetzt, aber von keiner objektiven Logik der Geschichte, wie noch bei Marx, garantiert sein kann. Ein "Sinn"-Entwurf ist aber bei aller ideologiekritischen und gesellschaftspraktischen Negation von "Unsinn" schon vorausgesetzt. Das hat Marx, dessen Werk Ideologiekritik zur Vorbereitung der revolutionären "Kritik" ist, ebensowenig wie die Frankfurter Schule berücksichtigt, die nichts als "bestimmte Negation" (Adorno) betreiben will.

Im Gespräch mit Pragmatismus (und Funktionalismus) plädiert Habermas daher für experimentale "Geschichtsphilosophie und Gesellschaftstheorie in praktischer Absicht", die ihren systematischen Interpretationsrahmen und Gesellschaftsentwurf stets von neuem durch empirische Analyse selbstkritisch vermittelt. Als solchen Gesellschaftsentwurf hat Habermas kürzlich ein "pragmatistisches Modell" vorgelegt. Das setzt aber die "offene Gesellschaft" (Popper) der informierten Bürger schon voraus, obwohl die bürgerliche Mündigkeit und gesellschaftspolitische Teilnahme durch Demokratisierung des Bildungs- und Kommunikationswesens, der Administration und Wirtschaft erst real ermöglicht werden muß.

Eine dazu nötige Analyse und Kritik der ökonomischen Verhältnisse jedoch gibt Habermas nicht. Ist Marx, der Kritiker der politischen Ökonomie also noch einmal gegen Habermas zu wenden? Die offene Problematik legt es wohl nahe, daß der Arbeitskreis nicht nur dem skizzierten Entwicklungsgang kritisch nachgeht, sondern nach Gesichtspunkten für ein methodisches Engagement in demokratischer Veränderungsabsicht fragt.

Literatur:

Karl Marx, Die Frühschriften, herg. von S. Landshut, Stuttgart 1953
Dissertation: 12 - 17, 32 - 35, (46-49), 90, 111.
Briefe, 167ff.
Einl. z. Hegelschen Rechtsphilosophie: 207-209, 214-217, 220-224.
Ökon.-philos. Manuskripte; 236-238. Hl. Familie/317-320
Thesen über Feuerbach: 339ff Komm. Manifest: 524ff.
Zur Kritik der polit. Ökonomie, Berlin 1963⁴: 14ff.
Das Kapital, Berlin 1961¹⁰, Bd. I: 76ff, 160f, 801ff, 6-9, 11-18

Max Horkheimer: Traditionelle und kritische Theorie, in: Ztschr. f. Sozialforsch. VI, 1937
Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Ffm. 1967
Kultur und Gesellschaft I, Ffm 1965, 102-127

Theodor W. Adorno Eingriffe, Ffm. 1963, 11ff.

Jürgen Habermas, Theorie und Praxis, . Neuwied 1963, 302 ff, 180-212
Zur Logik der Sozialwissenschaften, Phil. Rdsch. Beiheft 5, Tüb. 1967
Verwissenschaftliche Politik in demokratischer Gesellschaft
in: H. Krauch, W. Kunz u. a., Forschungsplanung, München u. Wien 1966, 130ff.

Karl-Otto Apel, Szientifik, Hermeneutik, Ideologiekritik, in: Wiener Zschf f. Philos. Psychologie, Pädagogik 1968

Gäste der Arbeitsgemeinschaft werden vermutlich Jürgen Habermas, Frankfurt, Karl Otto Apel, Kiel, Hans P. Schmidt, Hamburg u. a. sein.

PROBLEME DES MARXISMUS

Veranstalter: Europakolleg, 2 Hamburg 52, Windmühlenweg 27

- a) Die Marxsche Kritik an Hegel: Staat und Familie (2. 5. 20 h ct.)
- b) Die Grundbegriffe der marxistischen Dialektik: Arbeit, Entfremdung, Besitz Klasse (16. 5.)
- c) Das a priori des Sozialen bei Karl Marx: Unterbau und Überbau. Probleme der Widerspiegelungstheorie (30. 5.)
- d) Karl Marx und der deutsche Sozialismus: Marx und die Kritik der deutschen Sozialdemokratie (13. 6.)
- e) Die Soziallehre von Marx bis zur Sowjetideologie: Gibt es Unterschiede zwischen Marx, Engels und Lenin? (27. 6.)
- f) Der moderne Marxismus: Was bleibt vom alten übrig? Probleme der marxistischen Dialektik. (11. 7.)

Literatur:

Iring Fetscher: Der Marxismus, seine Geschichte in Dokumenten, Bd. 1-3, München 1962

Iring Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie, Bd. 4 d. Reihe "Staat und Gesellschaft, Frankfurt t/M., Berlin, Bonn 1960

Karl Marx: Frühschriften, Kröner, Stuttgart 1964

Friedrich Engels: Herrn Eugen Lürings Umwälzung der Wissenschaft

Lefebvre: Probleme des Marxismus heute, Ed. Suhrkamp

H. Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Luchterhand

Dieser Arbeitskreis unterscheidet sich formal von anderen KU-Veranstaltungen, da es hier einen verantwortlichen Seminarleiter geben wird, Herrn Dr. Prosenz von der Akademie für Wirtschaft und Politik. Es wird Aufgabe der Teilnehmer sein, die hoffentlich nicht nur vom Europakolleg kommen werden, sich mit ihm auf eine möglichst freie kritische Diskussion zu einigen.

× × ×

× × ×

STUDIENREFORM - MÖGLICHKEITEN IHRER REALISATION DURCH STUDENTISCHE AKTIVITÄT (AM BEISPIEL DES ENGLISCHEN SEMINARS)

Verantwortlich: Kolbe - Samlowski

Die Arbeitsgruppe soll Mißstände analysieren, um herauszuarbeiten, wo die Studienreform ansetzen muß. Sie soll die Arbeit der bisherigen studentischen Aktivitäten untersuchen, auf ihre Wirksamkeit überprüfen und eventuelle Alternativen aufzeigen.

Literatur:

Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums, 1966 Stephan Leibfried (ed.) Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967 Wolfgang Nitsch, Hochschule in der Demokratie, Neuwied 1965

HEGELS BEGRÜNDUNG DES PRIVATEIGENTUMS UND DIE BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT

Verantwortlich: v. d. Daele

Freitag: 16-18.00 (verlegbar) Phil 1052

Dieser Arbeitskreis ist zugleich ein "Kurs" im Philosophischen Seminar (Vorl. Verz. Nr. 851). Geplant ist eine Art systematisches Seminar; die selbstständige Textarbeit muß daher - wenigstens teilweise - vorausgesetzt werden. Der Arbeitskreis hat sich die Analyse der folgenden Frage zur Aufgabe gemacht: "Welche Rolle spielt das Privateigentum für die Konstitution der kapitalistischen Gesellschaft?"

Ausgangspunkt bilden die Analysen Hegels in seiner Rechtsphilosophie. Über die Theorie von Marx soll die Erörterung dann in einigen Ansätzen bis in die gegenwärtige Diskussion und Situation hinein verfolgt werden.

Im einzelnen ist folgender Ablauf geplant:

(1) Hegels Begründung des Privateigentums als Bedingung der Freiheit des Menschen in der Gesellschaft - Die Antagonismen dieser Gesellschaft; ihre außenpolitische Auflösung im wirtschaftlichen Imperialismus und ihre innenpolitische Versöhnung im Staat.

Lit.: Hegel: Rechtsphilosophie §§ 41-81, 182-256

(2) Marx' Verschärfung der Analyse der Bürgerlichen Gesellschaft: Seine Kritik der bürgerlichen Identifikation von Eigentum und Privateigentum - Privateigentum als Quelle der Entfremdung - Die Bürgerliche Gesellschaft als Klassengesellschaft - Der Staat als Instrument der herrschenden Klasse - Das Modell der Überwindung der Entfremdung durch die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus
Lit.: Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (Pariser Manuskripte oder "Zur Kritik der Nationalökonomie" genannt)

- " - und Fr. Engels: Deutsche Ideologie I 2: Verhältnisse von Staat, Recht und Eigentum

- " - Das Kapital, Bd. I, 14: Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis.

Bd. I, VII 24: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation (Monopolkapitalismus).

Lit.: M. Dobb: Organisierter Kapitalismus, Ed. Suhrkamp, Bd. 166. Die Behandlung des Privateigentums in der gegenwärtigen Gesetzgebung der BRD: Volksaktien, 312.-DM-Gesetz u.ä.

Der Arbeitskreis will also im Ergebnis auch eine erste Klärung des politisch-ideologischen Hintergrunds der "Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand" geben. Ein Problem, dem die Kritische Universität weitere Arbeit widmen sollte.

X X X

Der Arbeitskreis der Fachschaft Theologie wird durch Aushang am Schwarzen Brett der KU baldmöglichst bekanntgegeben.

EINZELVERANSTALTUNGEN

Außer den ständigen Arbeitskreisen der KU werden im Sommersemester zwei Vorlesungsreihen im Rahmen der Kritischen Universität stattfinden. Themen, Ort und Termin werden rechtzeitig durch Plakatierung auf dem Universitätsgelände bekanntgegeben.

1) Als Korrektiv für ein kritisches Verständnis in Hamburg lehrender Professoren sind folgende Referate geplant:

- a) Über Prof. Ipsen liest Michael Altenburg
- b) Über Prof. Schwarz liest Sven G. Papcke
- c) Über Prof. Borck liest Peter Schütt
- d) Über Prof. Hävernich liest Gabriele Seydaak

Weitere Veranstaltungen dieser Art sind möglich.

2) Zum Thema "Koordinierte Opposition" (ASO-Arbeitskreis Sozialistischer Opposition, DL-Demokratische Linke, Initiativausschuss zur Wiedezulassung der KPD, Kampagne für Abrüstung, Gewerkschaften) werden Vertreter dieser einzelnen Gruppen zu Vorträgen nach Hamburg einladen. Da noch keine endgültigen Zusagen vorliegen, werden auch die Namen der Referenten erst durch die Plakatierung bekanntgegeben werden.

X X X

X X X

→

**...besser
informiert sein
immer *Blinkfuer*
lesen!**

BLINKFÜER - die unabhängige Wochenzeitung, die nicht zum Springer-Konzern gehört.

BLINKFÜER - die Zeitung, die für die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben und der Studenten an den Universitäten eintritt.

BLINKFÜER - die Zeitung, die den USA-Krieg gegen das vietnamesische Volk verurteilt.

BLINKFÜER - eine Stimme der außerparlamentarischen Opposition.

BLINKFÜER - die richtige Zeitung auch für den Studenten.

Preis 40 Pfennig - Jeden Mittwoch Verkauf vor der Mensa

Blinkfuer

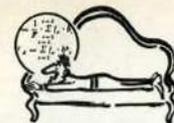
Blinkfuer-Verlag Harald Dötze
2 Hamburg 50 · Scharjstraße 12 · Tel. 38 24 13

Werbung →

**Bergmann
Dutschke
Lefèvre
Rabeih
Rebellion der
Studenten
oder
Die neue
Opposition**

aktuell
roro
roro

Was fordern die Studenten?
Die erste programmatische Erklärung
ihrer Ziele
rororo aktuell Band 1043 nur DM 2,20



Eine der großen Zeitungen der Welt.
Für Studierende zum halben Bezugspreis

DM 3,80

im Abholabonnement bei

BUCHHANDLUNG WERNER ENGEL
Rothenbaumchaussee 16

ZEITSCHRIFTEN OTTO BORSCH
Beneckestr. 38

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND